

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 151

SONNTAG, 3. Mai 1936

Aus dem Inhalt:

Der Diktator gegen die NSDAP
Der Wettlauf der Rüstungen
Maifeier ohne Politik
Unser Verhältnis zum Staat

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die braune Unschuldslüge

Wer ist schuld am Rüstungswahnsinn?

Das Hitlersystem führt zur Vorbereitung eines wirklichen Krieges einen Propagandakrieg. Er will mögliche Gegner vor Kriegsausbruch nach Kräften innerlich schwächen. Zu diesem Zwecke hat es eine Unschuldslüge erfunden: »Hitlerdeutschland ist an nichts schuld, nicht einmal an der allgemeinen Aufrüstung!«

Die Aufrüstung und ihre Kosten werden allen Völkern immer fühlbarer, vor allem den Völkern, die offen Steuern dafür zahlen müssen. Die englische Regierung hat sich zu erheblichen Steuererhöhungen entschlossen, um die Rüstungspläne zu finanzieren. Unter der schmerzvollen Wirkung der neuen zusätzlichen Steuerbelastung macht sich ein großer Teil der englischen Öffentlichkeit heute klar, daß sie diese Ausgaben dem Hitlersystem zu verdanken hat. Das deutsch-englische Problem kommt aus dem Nebel des Gefühlsmäßigen in das Licht harter Tatsachen, die sich der englische Steuerzahler nach Pfund und Schilling berechnen kann. Es ist selbstverständlich, daß er die Frage stellt: »Wer ist schuld?«

Sofort meldet sich die Hitlerpropaganda und schreit in allen Tonarten los: »Wir sind unschuldig, wir sind vollständig unschuldig! Nicht wir, die bösen Franzosen sind schuld!« Es handelt sich dabei selbstverständlich nicht um eine internationale Diskussion von Land zu Land, um eine Auseinandersetzung auf irgendwie wahrhaftiger Grundlage, sondern um eine Anwendung der braunen Propagandagrundsätze über Benutzung und Erzeugung von Massenwahn. Eine Stimmung gegen Frankreich in England soll ausgebeutet und gefördert werden, um die englische Bevölkerung vom wahren Tatbestand abzulenken. Es verlohnt sich, die Methoden und die Scheinargumente dieser braunen Propaganda etwas näher anzusehen.

»Warum müssen die Engländer zahlen?« so fragt die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 209/210), um prompt zu antworten: »Weil sie erkannt haben, daß sie zu schwach geworden sind, um ihre britischen Interessen in der Welt durchzusetzen. In der Welt — aber nicht Deutschland gegenüber!« Die große Unruhe über die deutsche Luftrüstung in England, die langen Parlamentsdebatten über das Wachsen der deutschen Luftrüstung, der Schock, den die englische Öffentlichkeit erfahren hat, als Hitler dem damaligen Außenminister Sir John Simon mitteilte, daß die deutsche Luftrüstung der englischen ebenbürtig sei, Baldwins Wort von der Grenze am Rhein — alles dies wird von der Unschuldslüge ausgedrückt. Wenn die Engländer jetzt widerwillig in Luftschutzkeller und Gasmasken kriechen müssen, wenn die Ruhe ländlicher Gegenden durch das Krachen der Uebungsbomben der Luftflotte gestört wird, wenn das Sicherheitsgefühl des insularen Volkes Not leidet — dann weiß jeder Engländer, daß es nicht französische Fliegerbomben sind, die er fürchtet, sondern ein Luftangriff durch die Geschwader des Hitlersystems. Aber eben deswegen spricht die braune Propaganda nicht von Luftrüstung, sondern von der Flotte:

»Durch das deutsch-englische Flottenabkommen ist England die Sorge los, daß ein ungebührlich großer Teil der britischen Streitkräfte im Heimatgebiet durch die Rücksicht auf Deutschland festgehalten wird. In der Tat: die britische Regierung konnte es sich leisten, fast die gesamten verfügbaren Streitkräfte angesichts der abessinischen Krise im Mittelmeer zu versammeln.«

In der Tat: ohne das deutsch-englische

Flottenabkommen wäre die Konzentration im Mittelmeer der englischen Regierung vielleicht noch leichter gefallen, und wenn das deutsch-englische Flottenabkommen erst so alt ist, daß das Hitlersystem seine 35 Prozent ausgebaut hat, und noch einiges darüber, wird keine englische Regierung mehr eine solche Flottenkonzentration wagen können! Die Argumente sind faul, und vorsorglich zieht der Propagandist des braunen Systems deshalb ein drittes hervor:

Sollte je wirklich das Wiedererstarken Deutschlands die Rüstungsvermehrung Großbritanniens beschleunigt oder erleichtert haben (das Argument war zeitweise sehr zugkräftig) so wäre die britische Nation, man möchte fast sagen, uns zu Dank verpflichtet — denn es war im englischen Interesse wirklich an der Zeit, sich zu kräftigen!«

Hitlerdeutschland ist unschuldig, gänzlich unschuldig, wenn es aber schuldig ist, war die Schuld keine Schuld, sondern ein gutes Werk! Und schließlich, zur Krönung des Denkens um die Ecke herum, folgt die Prophezeiung: je mehr die Engländer für die Aufrüstung bezahlen, desto näher kommen sie an die Abrüstung heran, die Hitler so sehnlichst erstrebt.

Hier wird der wunde Punkt der Hitlerpolitik sichtbar. Sie hat die erste Ge-

fahrenzone der Aufrüstung durchschritten. Sie hat die Bindungen und Verträge gebrochen, sie ist zur Rüstungsanarchie übergegangen, ohne daß sie zum Rückzug gezwungen worden wäre und ohne daß Maßnahmen erfolgt wären, die den Zusammenbruch nicht Deutschlands, aber des verbrecherischen Systems bedeuteten hätten. Sie hat das Stärkeverhältnis zu ihren Gunsten verschoben. Jetzt aber gerät sie immer stärker in die zweite Gefahrenzone. Die Aufrüstung der anderen als Folge des deutschen Anstoßes verschiebt das Stärkeverhältnis wieder zuungunsten des Hitlersystems, sie führt zu einer Probe aufs Exempel, wer den längeren finanziellen und wirtschaftlichen Atem hat, und vor allem sie verschiebt die seelische Einstellung der rüstenden Völker zuungunsten des braunen Systems. Deshalb das Spiel mit dem Abrüstungsangebot, hinter dem sich nichts anderes verbirgt als die Absicht, das Stärkeverhältnis so zu stabilisieren, wie es sich nach dem Durchschreiten der ersten Gefahrenzone gestaltet hat und die Schuld des braunen Systems aus dem Gedächtnis der Völker hinweg zu eskamotieren.

Das ist der Sinn der Unschuldpropaganda. Keines ihrer Argumente ist wasserdicht, jedes widerspricht dem anderen. Aber es kommt dieser Propaganda nicht

auf die innere Logik an! Ihr Zweck ist es, den gefühlsmäßigen Anhängern des Systems in England, die immer noch das Hitlersystems mit Deutschland verwechseln, Scheinargumente zu geben. Man kann sicher sein, daß diese von der hitlerschen Unschuldpropaganda gelieferten Scheinargumente in der innerenglischen Diskussion bald hier bald da auftauchen werden. Wäre es nicht an der Zeit, daß die englische Öffentlichkeit geschlossen sich die Frage vorlegt: warum interessiert sich die Presse des Dritten Reiches so sehr für die Frage, warum die Engländer zahlen müssen? Wäre es nicht angebrachter, wenn sie sich intensiv und wahrhaftig mit der Frage beschäftigen würde: warum müssen die Deutschen zahlen?

In Deutschland darf kein Mensch im Ernst die Frage aufwerfen: warum müssen wir zahlen, warum müssen wir hungern? Wehe dem, der es wagen würde, die Frage wahrhaftig zu diskutieren, oder gar sie zur Grundlage propagandistischer Wirkens gegen die Rüstungskosten und für die Abrüstung zu machen! Das braune System aber benutzt jede Gelegenheit, um innerhalb der anderen Völker Propaganda zu treiben, sich mit Argumenten und Scheinargumenten, mit Einflüsterungen, Verdrehungen, Lügen sich

Der Diktator gegen die NSDAP

Streit im braunen System um den Raub

Das Hitlersystem hält den Etat des Deutschen Reiches geheim. Es verbirgt seine finanzpolitischen Pläne für die Zukunft. Es hat Gerüchte über neue Steuern und einen Wehrbeitrag durchsickern lassen, ohne bisher irgend einen Schritt in dieser Richtung zu unternehmen. Gleichzeitig sind die Cliquenkämpfe hinter den Kulissen immer heftiger geworden, und nun ist plötzlich Göring als Finanzdiktator eingesetzt worden. Was bedeutet diese Maßnahme?

Auch in anderen Ländern haben sich seit der Aufrüstung große Koordinations-schwierigkeiten bei den militärischen Ausgaben ergeben — selbst in England, wo auf ein klares und durchsichtiges Budget Wert gelegt wird. Erst kürzlich ist ein Minister in England eingesetzt worden, dessen Hauptfunktion es sein wird, die Ansprüche von Heer, Flotte und Luftflotte in Einklang zu bringen und gegeneinander abzustimmen. Im Dritten Reich jedoch handelt es sich um mehr — nicht nur um die militärischen Etats. Kurz vor der Ernennung Görings hat Schacht im »Deutschen Volkswirt« eine Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. Man erkennt daraus, daß in der deutschen Finanzwirtschaft alles kunterbunt durcheinandergeht, daß das Reichsfinanzministerium nicht mehr in der Lage ist, die einzelnen Etats zu koordinieren, daß die mächtigen Ressorts und Gruppen selbstherrlich ihren Finanzbedarf festsetzen, und daß ein Clearing der Ansprüche offenbar nicht gelungen ist. Wenn das Organ Schachts darüber klagt, daß einzelne Sekretariate, Führer von Organisationen und einzelne Ministerien rücksichtslos sich ihre Fetzen vom Kuchen herunterreißen,

so verbirgt sich dahinter das Geheimnis, daß überhaupt kein Reichsetat mehr besteht, und daß die Methode des Schuldenmachens und der Finanzierung

und Kriegsmethoden in die Anarchie der Reichsfinanzen geführt hat.

An sich hätten die Vollmachten, die Schacht als Wirtschaftsdictator bereits besitzt, völlig genügen müssen, um das Clearing der Ansprüche herbeizuführen, zumal er immer noch das uneingeschränkte Vertrauen von Hitler besitzt. Aber hier ergibt sich eine interessante Fragestellung: wie kommt es, daß dieser Anarchie nicht mit der Autorität von Hitler gesteuert wird? In der Person von Hitler liegt nach der ungeschriebenen Verfassung des Dritten Reichs die ganze Gewalt, also auch die gesetzgebende Gewalt, also auch die unumschränkte Gewalt, den Etat festzusetzen und die großen Linien des Ausgleichs zu diktieren.

Man muß den Schluß ziehen, daß diese Aufgaben über die Fassungskraft des Oberhauptes hinausgehen, und man muß sich fragen: welche praktischen Arbeitsfunktionen leistet Hitler überhaupt bei der Beherrschung des Dritten Reichs?

Schacht hat nach einem Schirm für sich gerufen, obwohl Hitler hinter ihm steht. Er hat diesen Schirm für nötig gehalten, weil es sich nicht nur um den Ausgleich der Ansprüche von Rüstung und Wirtschaft handelt, sondern auch um die Ansprüche der nationalsozialistischen Partei und ihrer Organisationen. Wenn er Klage führen läßt über den Bedarf der großen Zahl von Organisationen, die mit der NSDAP verbunden sind, über die dauernde Schwächung des Einkommens und damit der Steuerkraft der Einzelpersonen durch diese Organisationen, so wird hier ein Konflikt wieder lebendig, der seit dem Herbst 1933 latent war und dessen letzte Ausläufer am 30. Juni 1934 blutig erledigt wurden. Hinter der Parole der Staatsraison, daß alle Kraft auf die Rüstung konzentriert werden müsse, verbirgt sich die Absicht zu einer kräftigen Beschneidung des Eigenlebens der NSDAP und ihres Finanz-

bedarfs. Die NSDAP hat sich dagegen zur Wehr gesetzt. Das »Schwarze Korps«, das Sprachrohr der SS und der sogenannten radikalen Nationalsozialisten hat Schacht deswegen auf das heftigste angegriffen und ihn reaktionärer Gesinnung beschuldigt. In diesem Kampf um die Beute hat Schacht sich nicht allein exponieren wollen. Ein Machtwort von Hitler, so sollte man meinen, hätte genügen müssen, um eine Entscheidung zwischen Heer und Wirtschaft auf der einen, den Ansprüchen der NSDAP auf der anderen Seite herbeizuführen. Aber Hitler hat es vorgezogen, sich nicht selbst zu exponieren. Er hat Göring zum Diktator ernannt, praktisch gesprochen zum Diktator gegen die Partei.

Der Vorgang wirft Licht auf die Machtverhältnisse in Deutschland. Schacht hat hinter sich die Führer der bewaffneten Macht, die fest entschlossen sind, unter den wachsenden Finanzierungsschwierigkeiten die Aufrüstung nicht leiden zu lassen. Wenn gespart werden muß, dann soll zuerst bei der NSDAP gespart werden.

Göring steht vollständig an der Seite der Führer der bewaffneten Macht, er gehört zu ihnen. Sein Staatssekretär Grauert, einer der Exponenten der großindustriellen Interessen in Deutschland, wird praktisch beim Ausgleich der Ansprüche, bei der Beschneidung des Finanzbedarfs der NSDAP, die erste Rolle spielen. So ergibt sich wieder das Bild von 1933/1934: gemeinsame Stellungnahme von Wehrmacht und Industrie gegen die »falschen Kosten« der NSDAP.

Das braune System ist keineswegs im Gleichgewicht. Es hat ernste Konfliktmöglichkeiten in sich. Die mammutartige Aufblähung der nationalsozialistischen Organisationen mit ihrem gewaltigen Finanzbedarf, an denen Hunderttausende von Existenzen hängen, macht es wahrscheinlich, daß eine Finanzdiktatur gegen die NSDAP dem System noch manche Nuß zu knacken geben wird.

Vorbei...

Deutschlands Weltgeltung zertrampelt

In die Diskussionen anderer Völker einzumischen. Es benutzt alle Vorteile der Diktatur für die Knebelung der freien öffentlichen Meinungsbildung im eigenen Lande und es mißbraucht alle Vorteile der Demokratie in allen fremden freien Ländern. Es verschafft sich damit einen propagandistischen Vorteil bei der propagandistischen Kriegsvorbereitung. Deshalb handelt es sich nicht um internationale Diskussion, wenn die deutsche dirigierte Presse eine Frage befehlsgemäß angreift, sondern um Akte des Vorkriegs auf dem Gebiete der Propaganda. Am Ende dieser Akte soll nach dem Willen des Systems niemals Übereinstimmung der Meinungen und Verständigung stehen, sondern nur die überlegene Stellung des braunen Systems am Ende der psychologischen Kriegsvorbereitung.

Die Engländer könnten es wissen — sie können es sehr rasch lernen, wenn sie das Blaubuch ihrer eigenen Regierung über die diplomatischen Verhandlungen mit Hitler und seinen Leuten studieren würden. Sie können es erfahren, wenn sie sich vor Augen führen, wie wichtige Parteien englischer Parlamentsitzungen in Deutschland unterschlagen oder gefälscht werden, wie englische Zeitungen in Deutschland verboten werden, wenn sie es wagen, die Wahrheit zu sagen.

Gegen diese auf den Krieg berechnete Propaganda gibt es nur ein Kampfmittel: die Wahrheit. Wenn die Hitlerpropaganda sich mit der Lüge in die englische Diskussion einmischte, sollten die Engländer darauf mit dem Willen antworten, mit allen Mitteln und auf allen Wegen nach Deutschland die Wahrheit zu bringen, die Wahrheit, um die das bessere Deutschland verzweifelt kämpft!

Antworten im voraus

Die englische Regierung wird Hitler einen Fragebogen überreichen, um festzustellen, wie seine sogenannten Angebote aufzufassen sind. Während in langwierigen Vorverhandlungen dieses diplomatische Dokument fertiggestellt wird, gibt die gleichgeschaltete Presse in Deutschland die Antworten des Hitler-systems schon im voraus. Es kann nirgends mehr Unklarheit darüber herrschen, wie das braune System den Völkerbund auffaßt, in den es wieder eintreten will. In der »Frankfurter Zeitung« (Nr. 213) heißt es:

»Dann aber wird die Frage nicht mehr sein: mit oder ohne Völkerbund? sondern dann wird sie heißen: Wie muß dieser Bund beschaffen sein, um seine richtig verstandenen Aufgaben zu erfüllen? Wie muß er aussehen, um seinen Befürwortern ähnliche Enttäuschungen und bittere Feinlichkeiten zu ersparen, wie man sie zur Zeit — ohne Deutschlands Zutun — im abessinischen Fall erleben muß? Die Frage der Reform des Bundes ist darum zur Frage seiner Existenz geworden.«

Worin diese Reform bestehen soll, wird offen ausgesprochen: »Die Beistandsverpflichtung wird immer mehr den Kern der Diskussion bilden... Deutschland vollends gehört zu den Gegnern jeder automatischen und generellen Beistandsverpflichtung.« Und an anderer Stelle wird grob und deutlich gesagt, daß »der Sanktionsfimmel« fallen müsse. Die Schlußfolgerung, die das Blatt zieht, lautet:

»Es wird in Zukunft nur einen reformierten Völkerbund geben — oder überhaupt nichts, das dieses Namens würdig wäre.«

Man kann dem braunen System wirklich nicht zum Vorwurf machen, daß es seine Absichten gegenüber dem Völkerbund verberge. Im Gegenteil, es spricht darüber mit derselben offenen Brutalität, mit der Mussolini gesprochen hat, als er seine kriegsrischen Absichten gegen Abessinien ein halbes Jahr vor Kriegsausbruch offen und wiederholt angekündigt hat.

Danziger Landarbeiter kämpfen

Was tut der Völkerbund?

Im Gebiet der Freien Stadt Danzig haben mehr als 2000 Landarbeiter, etwa ein Drittel der in diesem kleinen Lande beschäftigten Landarbeiter überhaupt, eine Petition an den Senat unterzeichnet, in der sie die Aufhebung des Koalitionszwanges verlangen. Es gibt in Danzig eine Bauernkammer, diese hat eine »Gefolgschaftsgruppe«, in der die Landarbeiter zwangsorganisiert sind. Die Beiträge für die »Gefolgschaftsgruppe« werden, einer Verfügung des nationalsozialistischen Senats entsprechend, gleich vom Lohn abgezogen; manchmal erfolgt Abzug für mehrere Monate zugleich, so daß den Arbeitern von ihrem Lohn so gut wie nichts übrig bleibt.

Eine Petition an die Regierung entspricht in zivilisierten Ländern dem selbstverständlichen Recht der Bevölkerung. Im braunen Danzig wird die Wahrnehmung dieses primi-

Dr. Wilhelm Hartnacke, einst deutscher nationaler Stadtschulrat in Dresden, wurde durch Hitlers Machtantritt an die höchste Stelle des sächsischen Schul- und Bildungswesens empor geschwemmt. Sein Glück währte nicht lange; die Art der braunen »Begabtenauslese« war so dumm, daß er dazu nicht schweigen konnte und gehen mußte. Jetzt hat er ein Buch herausgebracht, in dem er sich mit der Frage der Jugendbildung auseinandersetzt und sich gegen die Ueberbetonung des Soldatischen im braunen Bildungsbetrieb wendet. An dem Elfer, mit dem die gleichgeschaltete Presse aus dem Buche nachdruckt, ist zu erkennen, wie sehr auch ihr die Militarisierung der Hochschulen auf die Nerven geht. Folgende Selbstverständlichkeiten müssen im Dritten Reich gesagt und diskutiert werden:

»Hervorragende Forscher und Gelehrte sind nicht selten körperlich alles andere eher als bevorzugt und in Leistungen des Körpers trotz guten Willens ewig stümperhaft... Es wird gefordert, daß zur Hochschule nur kommen soll, wer auch den körperlichen Forderungen weitgehend entspricht. Und erst innerhalb dieses Krei-

tivsten Rechts der Untertanen mit Entlassung und Schutzhaft bestraft. Randallierende SA sammelte sich vor den Wohnungen der Petenten mit dem Erfolg, daß nicht sie auseinandergetrieben, sondern die Bedrohten in Haft genommen wurden. Diese Maßregeln können den Danziger Landarbeitern, die ja die Zustände ihrer Heimat nur zu gut kennen, nicht unerwartet gekommen sein. Wenn sich dennoch mehr als 2000 Männer fanden, die das gefährliche Schriftstück unterzeichneten, so beweist das, daß auch deutsche Arbeiter noch kämpfen können, wo sie auch nur noch eine geringe Hoffnung auf Erfolg hegen. In Danzig dämmert immer noch ein

ses soll man vorschreiten zur geistigen Auslese nach wissenschaftlicher Fähigkeit. Da erhebt sich die Frage, soll man einen Nurgeistigen, einen körperlich von der Natur stiefmütterlich Ausgestatteten ausgerechnet von dem Berufsfeld ausschließen, das das einzige ist, auf dem er überhaupt nützlich werden kann? Hätte man etwa einen Kant vom Studium ausschließen dürfen, weil er körperlich zart und unfähig war, schwere Anstrengungen zu ertragen.«

Die Menschen der geistigen Spitzenleistungen, ruft Hartnacke mahnend, sind so selten, »daß man sie hegen und pflegen und mit allen Mitteln fördern muß, selbst wenn sie körperlich wenig tauglich sind. Wenn er dürfte, hätte er hinzufügen können: Namentlich, nachdem man die fähigsten Gelehrten verjagt hat.

»Die Wissenschaftshochschule soll die Stätte sein, wo das junge Geschlecht mit dem Inhalt der wissenschaftlichen Lehre und dem Rüstzeug der wissenschaftlichen Forschung ausgerüstet wird. Dies Ziel muß voll erreicht werden, oder es ist mit Deutschlands Anspruch vorbei, mit seinem Leben und Dasein gleichzeitig die

höchsten Menschheitsgüter zu verteidigen; vorbei mit der Aussicht, den Leistungsvorprung zu sichern zum Ausgleich für den Verlust an Sachwerten, vorbei mit der Erfüllung des tiefsten inneren Wesens des Menschen, seiner Aufgaben des Forschens, des Suchens, des Deutens, des Verehrens, des künstlerischen Gestaltens.«

Das ist, solange dieses System regiert, sowieso vorbei und Hartnacke darf von sich sagen, daß er schon vor dem Dritten Reich durch Begünstigung der dümmsten Nazilehrer getan hat, was er konnte, um diesen barbarischen Ungeist in den Sattel zu heben. Jetzt packt ihn das Grauen und er mahnt:

»Darum muß zur Hochschule zugelassen werden, was hervorragend geistig und menschlich wertvoll ist, auch wenn körperliche Unbegabtheit oder Minderbegabung damit verbunden sein sollte.«

Alle diese Forderungen sind in jedem zivilisierten Staate etwas Selbstverständliches; in Hitlerdeutschland gehören sie zu den Unmöglichkeiten, denn für das »was geistig und menschlich wertvoll ist«, gibt es dort nach allen bisherigen Erfahrungen nur Scheiterhaufen, Kerker oder Konzentrationslager.

wenig Licht, es ist dort nicht ganz so finster, wie in Pommern und in Ostpreußen — und siehe da, schon dieser letzte Rest von Freiheit genügt, um die Arbeiter in Bewegung zu setzen.

Was den Danziger Landarbeitern geschieht, ist eine schamlose Vergewaltigung der freistädtlichen Verfassung, deren Schutz dem Völkerbund anvertraut ist. Die sozialdemokratische Partei Danzigs, die auf gefährdeten Posten einen heroischen Kampf führt, hat sich mit einer Eingabe an den Völkerbundkommissar gewandt.

Wird es ihr auch so gehen wie dem Negus von Abessinien?

Teuerung, amtlich abgeschwächt

Die amtliche Statistik des Dritten Reiches bemüht sich, die unter dem Hitlerregime fortschreitende Teuerung wenn schon nicht ganz abzuschwächen, so doch in ihren Veröffentlichungen stark abzuschwächen. Aber selbst der amtlich zugegebene Umfang beweist, daß die Lebenshaltung der großen Volksmehrheit in Deutschland sich in den letzten Jahren entscheidend verschlechtert hat. In Heft 7 von »Wirtschaft und Statistik« ist eine Darstellung über die Entwicklung der Ernährungs-kosten nach den Gemeindegrößenzklassen enthalten. Danach hat sich die Indexziffer der Ernährungs-kosten von 1933 bis März 1936 wie folgt erhöht. In den Gemeinden mit:

500.000 u. mehr Einwohnern von 74,7 auf 81,2
250.000 bis 500.000 Einwohnern v. 75,1 auf 81,2
100.000 bis 250.000 Einwohnern v. 74,1 auf 80,3
50.000 bis 100.000 Einwohnern v. 74,7 auf 80,6

In den beiden unteren Gemeindeklassen ist die Erhöhung etwas geringer. Obwohl die Berechnung der Indexziffer die für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten in Betracht kommenden Nahrungsmittel nicht in

der entsprechenden Weise berücksichtigt, ergibt sich gegenüber 1933 doch eine Erhöhung bis zu 6,5 oder um fast 9 Prozent.

In Wirklichkeit ist die Verteuerung der Ernährungs-kosten gerade für die ärmeren Volksschichten noch stärker, da die von ihnen bevorzugten billigen Nahrungsmittel im Preise besonders gestiegen sind. Daß diese Teuerung noch immer weitergeht, dafür spricht die Tatsache, daß nach dem Statistischen Reichsamt im Vergleich zum Januar 1935 im März 1936 sich die Indexziffer abermals um 3,5 Prozent erhöht hat.

Außer den Ernährungs-kosten sind die Kosten für die übrige Lebenshaltung gestiegen. Bekleidung, Heizungsmaterial usw. sind im Preise erhöht, die Steuern und die Beiträge und Spenden erfordern mehr!

Da aber die Löhne und Gehälter starr auf dem Krisentiefstand festgehalten werden, so kommt selbst in den amtlich abgeschwächten Teuerungsziffern die fortschreitende Verschlechterung der Lebenshaltung der Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Partei gegen Sondergericht

Ein Konfliktfall in Schleswig-Holstein.

In Kiel ist am 24. 4. der Studienrat Langen vom Sondergericht wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt worden. Studienrat Langen ist ein alter Nationalsozialist, doch ist, wie die Urteilsbegründung sagt, »seine Begeisterung durch persönliche Verärgerung abgeflaut.« Langen hatte unter seinen Schülerinnen eine Feindin, die die Partei mit Denunziationen gegen ihn versorgte, dabei fand sie bei dem Oberpräsidenten und Gauleiter von Schleswig-Holstein Lohse williges Gehör. Lohse eröffnete höchstselbst in der »Schleswig-Holsteiner Tageszeitung« den Angriff. Der Beschuldigte wurde in Schutzhaft gebracht, und ein Verfahren gegen ihn wurde eingeleitet. Bei der Verhandlung sagten alle Schülerinnen mit Ausnahme der einen Belastungszeugin für den Lehrer aus. Angesichts dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme brachte es sogar das Sondergericht nicht fertig, den Angeklagten ins Gefängnis zu schicken. Es beschränkte sich auf die Feststellung, daß er »seine Schülerinnen nicht immer in dem wünschenswerten Sinn beeinflusste«, sondern »Zweifel in die jungen Herzen hin-

eingetragen« habe. Dafür erschien dem Gericht eine Geldstrafe von 1000 Mark hoch genug.

Drei Tage nach diesem Urteil erschien in der »Schleswig-Holsteiner Tageszeitung« ein von Lohse gezeichneter Artikel mit der Überschrift »Zu billig«. Darin erteilte der höchste Verwaltungsbeamte der Provinz dem zuständigen Gericht eine scharfe Rüge: »Die so viel gepriesene Unabhängigkeit des Richters«, schreibt er wörtlich, »findet dort ihre Grenze, wo der Nationalsozialismus und seine im Staat verankerten Gesetze mit Füßen getreten werden... Tausend Mark Geldstrafe... das ist zu billig, meine Herren. Dafür tun wir es nicht!«

Die Sondergerichte sind von der Partei geschaffene mit zuverlässigen Pgs. besetzte Parteigerichte. Selbst sie können es dem Oberpräsidenten und Gauleiter nicht recht machen. Was wird nun dem Studienrat Langen, was wird den Richtern der Sondergerichte geschehen? Einatmen schwebt gegen Langen noch ein Disziplinarverfahren.

Der Freund

Zu den Requisiten der Judenhetze in Deutschland gehört das »Freibillet nach Palästina«. Naive Gemüter könnten darin eine Anerkennung der nationalen Existenz der Ju-

den in Palästina erblicken. Daß die Lage der Juden in Palästina schwierig ist, ist bekannt. Ihre Kulturarbeit wird vom arabischen Nationalismus bedroht. Bei den neuesten Araberunruhen war es eine Spezialität der Araber, jüdische Getreidefelder zu verbrennen. Und nun berichtet die Nazipresse mit großer Genugtuung aus Palästina:

»Am Mittwoch mittags geriet der auf einer Dienstreise befindliche deutsche Generalkonsul Doehle auf der für den normalen Verkehr gesperrten Straße von Jerusalem nach Haifa in ein Feuergefecht zwischen Arabern und Polizei. Generalkonsul Doehle befand sich mit seinem Kraftwagen gemeinsam mit anderen Fahrzeugen in einem von der Polizei versehenen Geleitzug und mußte nach Balus zurückkehren. Ein von ihm allein gemachter Versuch, das bedrohte Gebiet zu durchfahren, gelang. Die arabische Bevölkerung erkannte die Flagge am Wagen des deutschen Vertreters und ließ ihn unbehindert passieren. Generalkonsul Doehle erreichte daraufhin unbehelligt Haifa.«

Der deutsche Generalkonsul mit der Hakenkreuzflagge als Freund der Getreidefelder verbrennenden Araber — das gehört zum Kulturbild des Dritten Reichs.

Führerreden

Die »Schlesische Tageszeitung« 15. April 1936 veröffentlicht eine Reportage über das Archiv des Reichspropagandaministeriums. Wir lesen darin:

»Was nirgendwo geschrieben steht, was zu niedrig und zu nichtig ist, in die Geschichte einzugehen, hier ist es zu finden, hier im Archiv der nackten Tatsachen... Allein die Reden des Führers füllen 35 Bände.«

Eintopf

Zeitungsmeldung: »Die Bevölkerung der Stadt Braunschweig wird gemeinsam Eintopf essen. Die Ortsgruppen der Partei werden sich an besonderen Sammelpunkten zusammenfinden und unter Vorantritt von Musikkapellen zu den Kasernen der Stadt marschieren, in denen Soldaten das Essen in den Kantinen verabreichen. Teller und Löffel muß sich jeder Teilnehmer mitbringen. Es wird aufgefordert, den Löffel beim Ummarsch in das Knopfloch zu stecken.«



Die Insignien Wilhelminus.

Der Marschallstab, den Er am 20. April Seinem Blomberg verließ, sieht so aus: nach alter Tradition ist der Grund aus blauer Emaille, verziert mit Eisernen Kreuzen und nationalsozialistischen Hoheitsabzeichen aus Gold. Die beiden Knäufe sind aus Gold mit eingelegerter Elfenbeinschrift. Auf dem einen steht: »dem ersten Generalfeldmarschall des Dritten Reiches, Adolf Hitler, auf dem anderen: »von Blomberg, 18. März 1935« (Tag der »neu errungenen Wehrfreiheit«). Außerdem hat der Generalfeldmarschall zum kleinen Dienstanzug einen »einfacheren Interimstab« verliehen bekommen.

Mittelalter.

Die »Ordensburgen«, deren eine soeben mit großem Getöse eingeweiht wurde, sind auf Felagstein errichtete Ziegelbauten. »Ein Burgturm ragte, wie die Zeitungen stolz berichten, »in der Mitte trutzig empor«.

Die deutsche Beamtenschaft hat dem Hitler zum Geburtstag sein eigenes Buch »Mein Kampf« geschenkt, und zwar auf 965 Pergamentseiten in handgemalter Schrift. Der Anfangsbuchstabe eines jeden Kapitels ist »zu künstlerischen Initialen« ausgemalt, die Deckel bestehen aus je fünf Sperrholzeinlagen, darunter sind Platten aus gehämmertem Stahl eingelassen. Das Buch ist in eine Holzkassette eingekapselt, die oben das in Stahl geschmiedete Hoheitsabzeichen trägt. Das ganze ruht auf einem Sockel aus Spessartische.

Germanische Frühzeit.

Allerorten sind Thingplätze angelegt worden, auf denen die Massen bei feierlichen Anlässen zusammengetrieben und unter freiem Himmel mit einem Redestrom überschüttet werden.

Täuschend ähnlich — aber Talmi.

Der Marschallstab gleicht dem wilhelminischen Würdezeichen bis aufs Hakenkreuz, das neu hinzugekommen ist. Dafür sind die Siege weggefallen, die früher ein Anwärter auf das eindrucksvolle Requisit nachweisen mußte.

Die Baupläne der Ordensburgen sind den Baumeistern des Mittelalters recht gelehrt abgelautet, aber die Burgen selbst dienen nicht wie früher dazu, die Landbevölkerung vor dem kriegerischen Feind zu schützen, sie schützen vielmehr ihre kriegerischen Erbauer vor der friedlichen Landbevölkerung.

Das handgemalte Exemplar der Hitlerbibel »Mein Kampf« ähnelt durchaus einer mittelalterlichen Mönchsschrift. Aber während die Klosterbrüder mühevoll pinselten, um wertvolle Werke des Geistes, die man noch nicht zu drucken verstand, auf die Nachwelt zu bringen, schreiben sich Hitlers Pinselknechte ihre Finger wund, um ein Werk wenigstens im bibliophilen Sinne wertvoll zu machen, das bereits in Millionen Exemplaren gedruckt wurde, ohne es zu verdienen.

Die Thingplätze wurden in Anlehnung an die Lebensbedürfnisse der »Stammväter« geschaffen, aber sie sind nicht wie ihre Vorgänger dazu da, daß der Stamm sich freiwillig dort versammle und über sein Schicksal entscheide, sie dienen vielmehr dazu, ein unfreiwillig versammeltes Volk bestrafen zu reden und ihm den Gedanken an eigene Entscheidung auszutreiben.

Die Wirkung.

Die Nationalsozialisten begnügen sich nicht damit, die neue Zeit in Deutschland darnieder zu halten, sie verbiegen und verfälschen auch die alte Zeit, damit sie nicht zum Richter werde. Aber selbst die geschickteste Fälschung besitzt nur so lange Wert, als sie von den anderen nicht erkannt wird. Und das Mißtrauen gegen die altertümlich-mittelalterlich-wilhelminische Andenkenindustrie des Dritten Reiches wächst in dem Maße, wie der Markt mit sogenannten Wahrzeichen überschwemmt wird.

Edener gestohlen

Vor ein paar Tagen verbreitete die Berliner Presse die Nachricht, die verschwundenen Straßenschilder an der Eckener-Allee seien nicht von der Stadt beiseite, sondern gestohlen worden. Jetzt geben die gleichen Zeitungen bekannt:

Die an der Zehlendorfer Bezirksgrenze liegende Eckenerallee ist umbenannt worden. Sie heißt fortan »Zehlendorfer Damm«.

Also scheinen die Diebe im behördlichen Auftrag gehandelt zu haben.

Deutsche Streiflichter

Der ewige Kampfgeist lebt.

In der »Ordensburg« Crössinsee waren die Kreisleiter der NSDAP zur sogenannten weltanschaulichen Schulung versammelt. Die Berichterstattung schweigt in den höchsten Tönen. So wird von der Rede des Pp. Göring gesagt, daß sie »ein gewaltiges lodernes Zeugnis vom harten, nie beugsamen Kampfgeist und Willen der Bewegung, ihrer ganzen inneren Glut und Kraft und ihrem mschtvollen Schwung war. Seine Rede schloß die Hörer zu einem Block des Glaubens, der Verantwortung und Treue zusammen, aus dem spontan und als überwältigendes Bekenntnis zum Führer immer wieder der Beifallsturm hervorbrach. »Es klang wie Verachtung solchen Schmuses, als Göbbels in seinem Vortrage entwickelte, die Hoheitsträger wollten nicht nur angepredigt werden, sondern sich auch selbst an der politischen Aussprache beteiligen. Die Abschaffung der Parlamente bedeute nicht zugleich Ausschaltung jeder politischen Diskussion. Diese sei notwendig und nützlich, dürfe sich aber nur auf diejenigen beschränken, die Verantwortung tragen und somit in der Lage seien, auch bessernd einzugreifen.«

Göbbels weiß also sehr wohl, daß auch der größte bisherige Nationalsozialistenrausch, den Hitler weit in die Reihen gefühlmäßig oppositioneller Massen hervorzurufen verstanden hat, keineswegs die Kritik an hunderte-fachem Versagen des Systems zum Schweigen bringen kann. Zweifel und Mißtrauen leben und wachsen. Auch in der NSDAP, wo insbesondere viele kleinere Funktionäre, die mitten im Volke leben, täglich das Mißbehagen zu spüren bekommen. Zwar sollte niemand leugnen, daß — unbeschadet aller Wahlfälschungen — Hitlers mit Gleichberechtigungsforderungen getarnte expansive Außenpolitik eine sichere Volksmehrheit hinter sich hat, aber es ist nicht minder gewiß, daß trotz der derzeitigen gewaltigen nationalen Bewegung der Isolierungsprozeß zwischen Volk und Parteimacht sich fortsetzt. Auch diejenigen, die das Regime für gefestigter halten denn je und seine Gewaltmittel für größer und unangreifbarer denn je zuvor, pflegen zuzugeben, daß trotz allem der Glaube an die Regierungskünste und die Propagandaschlagerei der NSDAP im weiteren Schwanden begriffen ist. Mit dieser Skepsis gegen die herrschende Partei und der immer allgemeiner werdenden Ablehnung zahlloser ihrer Organe ist freilich ein Ohnmachtgefühl verbunden, das vielleicht in den vergangenen drei Jahren niemals größer war als jetzt. Man glaubt nicht mehr an die oben und glaubt noch nicht an die da unten. Das ist die seelische Verfassung unzähliger in jedem Betracht wertvoller Menschen im Reiche, deren ökonomische Interessen nichts vom Dritten Reich zu erwarten haben und deren sittliches Empfinden sich gegen die stinkende Korruption, die gemeine Heuchelei, die kriminelle Rohheit und gegen den Schwindel in allen offiziellen und offiziellen Kundgebungen auflehnt. Unzählige ahnen mehr die Größe des Hitlerverbrechens am deutschen Volke, als daß sie schon um seinen ganzen Umfang wissen; sie rechnen mit Katastrophen, meist von außen, und fühlen, daß eines Tages Sturmstöße die Schleier vor den wirklichen Geschehnissen der letzten drei Jahre in Fetzen reißen werden. Aber diese Millionen und aber Millionen Deutschen bleiben noch passiv. Nur wenige von ihnen kämpfen schon für das kommende Neue, aber nicht ein einziger dieser kritischen Millionen würde bereit sein, für die herrschende Diktatur freiwillig noch irgend ein Opfer zu bringen.

In den Ordensburgen der Nazis werden die Postenträger und Postenjäger der Partei geschult: die Parteigendarmen und Kerkerwächter des großen Zuchthauses. Ihr »Erlebnis des ewigen Kampfgeistes«, das ihre

Presse rühmt, ist längst defensiv: die bezahlte Verteidigung der totalen Diktatur gegen das Volk. In unsichtbaren »Ordensburgen« mitten in Deutschland und, wie neueste Verhaftungen beweisen, bis in die Partei Hitlers hinein, schulen sich die Männer und Frauen, die nicht zu täuschen und nicht zu brechen sind. Wir machen uns über ihre Zahl und die Möglichkeiten ihrer Wirkung keine Illusionen. Aber sie sind da. Das ist die große Gewißheit. Man darf sich mit gutem Recht fragen, ob jemals in der menschlichen Geschichte unter größeren leiblichen Gefahren und unter größerer seelischer Bedrängnis die Gläubigen einer Idee sich behauptet und für ihre Sache geworben haben, als jetzt die Illegalen Sozialisten im Reiche. Auf jedem Blatte der Geschichte ist zu lesen, daß soviel Märtyrer- und Heldentum nicht dauernd zu unterdrücken ist. So war es und so bleibt es. Der ewige Kampfgeist lebt und wirkt von innen her gegen das Dritte Reich.

Antwort auf Fragebogen.

Wie man weiß, bewegt sich die Streitmacht der westeuropäischen Demokratien gegen die paktbrüchigen Marschkolonnen der Hitlerdiktatur zur Zeit auf dem aktenbelegten Gebiete der Fragebogen. Ob die Gewissensforschung, die man für den Rest dieses Jahres mit Herrn Hitler anzustellen sich anschickt, auch auf die Gültigkeit der Eroberungsziele von »Mein Kampf« sich erstreckt, weiß man noch nicht, ist aber wohl nicht anzunehmen. Man erinnert sich, daß Hitler wenige Tage vor dem Einmarsch in die Rheinlande den Franzosen durch den jüngeren Jouvanel vorreden ließ, das Buch sei unter dem Eindruck des Ruhrbrüchens in der Gefängnispsychose geschrieben worden. Daß das Schwindel ist, hat man oft genug an Daten nachgewiesen. Nun könnten zwei neue Tatsachen denen im Auslande zu denken geben, die so gerne an die Bekehrung Hitlers zum Pazifisten glauben möchten. Der deutsche »Führer« hat zu seinem Geburtstage sich von den deutschen Beamten ein auf dauerhaftesten Pergament geschriebenes Exemplar von »Mein Kampf« schenken lassen. Am selben Tage hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß dieses von Rasenwahn und Völkerhaß, von Kriegstollheit und Eroberungssucht erfüllte Buch in Zukunft jedem jungen Ehepaar in Deutschland von Behörden wegen als Traugeschenk überreicht werden muß. Jedenfalls wird für immer noch naive Ausländer noch einmal bewiesen, was am 10. Jahrestage des Erscheinens von »Mein Kampf«, am 18. Juli 1935, über alle deutschen Sender verkündet wurde: »Das Buch »Mein Kampf« ist die Grundlage der deutschen Weltanschauung, die Richtschnur des Lebens und Strebens jedes Deutschen.« Oder wie Göbbels am 20. April 1935 als berufener Interpret seines Meisters sagte: »Seine Ziele haben sich nie geändert. Was er heute tut, das hat er 1919 schon gewollt. Wandelbar aber waren immer entsprechend den jeweiligen Situationen die Methoden, die er zur Durchsetzung seiner Ziele in Ansatz brachte.« Oder wie derselbe Göbbels am 4. August 1935 erklärte: »Das Ziel, das wir uns einmal steckten, ist unerschütterlich. Die Mittel, die wir zur Erreichung dieses Zieles anwenden, sind elastisch und biegsam.«

Es wird den Herren in Berlin gewiß nicht schwer fallen, auf elastische Fragen recht biegsam zu antworten, zumal wenn Leute fragen, die längst in »Mein Kampf« die klarsten Antworten hätten, wenn sie nicht nur lesen, sondern auch das Ungeheuerlichste, gerade weil es so verrückt klingt, in diesem Falle für bitter ernst halten würden.

»So weit die deutsche Zunge klingt...«

Die internationale Diplomatie, die sich bemüht, von der Regierung des Dritten Reichs

ein diesmal unwiderrüflich zu haltender Versprechen über die Aufrechterhaltung des Status quo in Europa zu bekommen, hätte sich an Führergeburtstag, beispielsweise in Danzig, unterrichten können, wie weit die Grenzen des Dritten Reichs schon und die Grenzen des Völkerbundes noch reichen. In der Presse des Deutschen Reichskanzlers wurde berichtet: »Mit einer noch nie dagewesenen Begeisterung nahm auch die Danziger Bevölkerung daran teil. Bereits seit Sonntag waren Danzig und seine Vororte in ein Meer von Hakenkreuzfahrten getaucht. Die SS war zur mittlernächtigen Stunde in der Sporthalle angetreten, um feierlich ihre Anwärter zu vereidigen und das Gelöbnis zur Treue zum Führer zu erneuern.«

Da wird doch wohl niemand mehr im Zweifel sein können, wer in Danzig regiert. Was soll da also noch alles diplomatische Fragen?

Der außenpolitische Signalbläser des Dritten Reichs, Rudolf Kircher in der »Frankfurter Zeitung«, sucht immerhin noch das mißtrauliche Ausland zu beruhigen. Er tut es aber mit der verschwommenen und zweideutigen Formulierungskunst Hitlers. Der beteuert immer wieder, daß er keine »Eroberungsziele« habe, weil er die Erlösung völkischer Gruppen unter jetzt noch fremder Souveränität nicht für eine Eroberung hält. Kircher aber schreibt: »Die Warnung an Deutschland (die besonders laut in Paris betont wurde) war überflüssig; denn die Reichsregierung hatte weder damals noch hat sie künftig vor, in das Gebiet anderer Nationen einzudringen.« Das Wort Nation ist natürlich mit Vorbedacht gewählt. Sind Danzig und Oesterreich Nationen? Ist Memel oder ist auch Litauen eine Nation? Ja ist selbst Belgien mit seinen Wallonen und Flamen und Deutschen (in Eupen-Malmédy) eine Nation? Die ganze Literatur der auf die Auslandsdeutschen gerichteten Volkstumspolitik verneint das seit jeher. Es geht uns hier nicht darum, zu untersuchen, was daran volkstumspolitisch richtig sein mag oder falsch. Wir zerfetaten nur den Schwindel, der in den europäischen Hauptstädten mit diesen Fragen getrieben wird. In Berlin mit Wortspielereien; in Paris und in London mit dem, Sotun, als sei bei irgend einem normal begabten Menschen noch ein Zweifel darüber möglich, daß die gewaltige innere Kraftanspannung der Hitlerdiktatur der baldigen Zerstörung mitteleuropäischer Grenzziehung und dem territorialen Machtzuwachs Deutschlands in allen Himmelsrichtungen gilt.

Deutsche, eßt deutsche Bananen

Ein Scherzwort, das im Reiche insofern nun ernst genommen wird, als man Kamerun und seine Bananenproduktion schon als eine rein deutsche Sache ansieht. Die Banane ist sozusagen ein »heimisches« Erzeugnis. Die schon im Jahre 1911 gegründete »Afrikanische Frucht Compagnie, Hamburg« hat im Jahre 1925 ihre kamerunischen Besitzungen zurückerworben und allmählich eine Art Monopol für die Bananeneinfuhr nach Deutschland erworben. Der Anteil Kameruns an der Bananeneinfuhr ist von 3 v. H. im Jahre 1932 und von 6 v. H. im Jahre 1933, auf 14 v. H. im Jahre 1934 und auf 43 v. H. im Jahre 1935 gestiegen. Im Januar dieses Jahres bestritt Kamerun 90 v. H. der gesamten deutschen Bananeneinfuhr. In allen Prospekten und Berichten wird der deutsche Charakter dieses Zweiges der kamerunischen Wirtschaft betont und kein Zweifel darüber gelassen, daß die politische Rückgewinnung Kameruns nur eine Frage kurzer Zeit sei. So wird von allen Seiten her der Glaube im deutschen Volke genährt, jeder außenpolitische Vorstoß einer starken Diktatur gegen Demokratien müsse zum Ziele führen und die Liste der Forderungen wächst immer mehr.

Hannes Wink.

Wenig Erfolg

Die deutsche Regierung macht die äußersten Anstrengungen, um durch eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr in den Besitz von Devisen zu kommen, damit sie den Rohstoffbedarf für die Aufrüstung befriedigen kann. Zu den verschiedenen Unterstützungen, die es der reichsdeutschen Exportindustrie ermöglichen, auf den Auslandsmärkten zu Dumpingpreisen zu konkurrieren, kam im vorigen Jahre noch die Errichtung eines Exportfonds, der durch eine Exportabgabe der Industrie auf einige 100 Millionen RM gebracht wurde. Die Preisunterbietung erhielt damit von seiten Deutschlands einen erneuten Antrieb.

Dennoch ist der Erfolg aller dieser Anstrengungen bisher nicht sonderlich groß.

Nach dem Institut für Konjunkturforschung hat sich die deutsche Ausfuhr so entwickelt:

	Ausfuhr	
	in Milliarden RM	In Prozenten der Erzeugung
1931	9,0	29,4
1932	5,4	24,9
1933	4,6	19,5
1934	4,0	12,8
1935	4,1	11,5

Trotz der kostspieligen Exportförderung hat demnach die Ausfuhr auch 1935 nur eine ganz unwesentliche wertmäßige Erhöhung erfahren, während ihr Anteil an der Erzeugung wieder gesunken ist. Infolge des Preisdumpings ist die mengenmäßige Zunahme zwar etwas stärker, aber das Ausfuhrvolumen betrug 1935 noch nicht 60 Prozent von 1929.

Kunst und Blech

In Deutschland wird bekanntgegeben:

»Auf Grund der starken Beteiligung und des Echos, die die bisherigen Wettbewerbe »Goldschmiedeporträts« und »Frauenbildnis mit Schmuck« gefunden haben, hat die Deutsche Gesellschaft für Goldschmiedekunst in Gemeinschaft mit der Kunstschau der Böttcherstraße in Bremen erneut einen Künstler-Wettbewerb ausgeschrieben. Die Aufgabe lautet diesmal: »Bildnisse deutscher Männer als Ehrenträger von Orden, Ehrenzeichen, Parteiabzeichen, sportlichen Abzeichen aller Art und Amts-ketten.«

Wer den Führer mit dem ehrlich erworbenen Eisernen Kreuz I. Klasse porträtiert, bekommt den ersten Phantasie-Preis für seine Kunst.

Der Wettlauf der Rüstungen

Das englische Budget und der deutsche schwarze Etat

Die Aufrüstung, zu der die italienische, japanische und deutsche Diktatur die Welt gezwungen hat, nimmt immer gewaltigere Dimensionen an und schlägt, seit Hitlers fieberhafte Kriegsvorbereitung offenkundig geworden, jetzt in ein hemmungsloses Wettrennen um. Seit 1934 gibt es keinen kleinen oder großen Staat mehr, von Griechenland bis zu den Vereinigten Staaten, der nicht seine Militärausgaben beträchtlich erhöht hat. Während aber diese unproduktiven Ausgabensteigerungen in dem Jahrzehnt vor dem Kriege noch aus den Mitteln einer in stürmischer Aufwärtsentwicklung befindlichen Volkswirtschaft geschöpft werden konnten, müssen sie jetzt aufgebracht werden von einer durch Krieg, Inflation und den Wirkungen der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten ausgebluteten, aller Reserven beraubten, sich erst allmählich in einzelnen Teilen der Welt aus tiefster Depression erhebenden Wirtschaft.

Dabei handelt es sich infolge der Aenderung der militärischen Technik um das Vielfache der Summen, die vor dem Kriege für militärische Zwecke aufgewandt wurden. Wenn ein Land von 4 Millionen Einwohnern, wie die Schweiz, die noch mitten in der Krise verharrt, jetzt neue einmalige Ausgaben von 235 Millionen Schweizer Franken ankündigt, muß, um die dringendsten Vorkehrungen gegen die befürchtete Verletzung ihrer Neutralität durch Hitler-Deutschland treffen zu können, wenn das verarmte Griechenland eine militärische Neuorganisation ankündigt, die insgesamt 6 Milliarden Drachmen erfordert wird, dann kann man sich vorstellen, was das neue Wettrennen für Opfer verlangt. Die Anerkennung der »Gleichberechtigung« Hitlers, die Lieblingsvorstellung ignoranten Pazifisten, kommt der Welt teuer zu stehen!

Und das beginnt jetzt auch England zu spüren — mit Recht, denn dieser Zustand ist zum größten Teil Schuld der schwachen, entgegenkommenden Politik aller und namentlich der englischen Linksparteien gegenüber Hitler. Das englische Budget, das am 21. April dem Unterhaus vorgelegt wurde, zeigt eine Ausgabensteigerung von rund 50 Millionen Pfund, 600 Millionen Rm., fast ausschließlich für militärische Zwecke. Nun handelt es sich, wie man weiß, für England, das nach dem Krieg seine Militäraufwendungen stark eingeschränkt hatte, um den ersten Akt der Aufrüstung. 1913/1914 betrug die gesamten Militärausgaben 77 Millionen £; für das beginnende Finanzjahr bereits 160 Millionen £. Die Gesamtausgaben des neuen Etats steigen auf fast 800 Millionen £ (12 Milliarden Reichsmark). Doch das ist erst der Anfang; die für die allernächsten Jahre geplanten neuen außerordentlichen Ausgaben sind noch nicht genau bekannt; sie werden auf 200 bis 300 Millionen Pfund (2,4 bis 4,6 Milliarden Reichsmark) geschätzt, die größtenteils auf dem Anleiheweg zu beschaffen sind. Im Gegensatz zu den früheren Budgets, die erhebliche Ausgabenenkungen und Steuerermäßigungen brachten, muß der Schatzkanzler diesmal, wenn auch mäßige Erhöhungen der Einkommensteuer und des Teezolls ankündigen, um wenigstens noch für dieses Jahr das Gleichgewicht des Budgets ohne neue Schuldenaufnahme zu sichern. Wenn er von der bitteren Enttäuschung sprach, die ihm der Zwang bereite, in einem Jahr zunehmender Wirtschaftsprospérité und steigender Einnahmen, die Steuerlasten zu vermehren, so hat er damit nicht nur seinen, sondern dem Gefühl des englischen Volkes Ausdruck gegeben, das sich plötzlich dem ganzen Ernst der neuen Lage gegenübergestellt sieht.

Die Gründe dafür hat Winston Churchill, neben Austen Chamberlain einer der wenigen englischen Politiker, der vom Augenblick der Machtergreifung Hitlers an die folgenschwere Situation, die Gefährdung des Friedens und die Bedrohung Englands selbst erkannt und immer wieder ihre konsequente und energische Abwehr gefordert hat, in einer eindrucksvollen Rede klargemacht, in der er Umfang und Kosten der Hitlerschen Kriegsvorbereitung dargestellt hat.

Von Ende März 1933 bis Ende Juni 1935, führte Churchill aus, stiegen die Schulden Deutschlands um mindestens 7 Milliarden Reichsmark. Nimmt man die Ergebnisse der gesteigerten Steuereinnahmen hinzu, so käme man zunächst zu

Rüstungsausgaben in diesen zweiundneunzig Jahren von wenigstens einer Milliarde Pfund, 12 Milliarden Reichsmark. Darin sind eingeschlossen die bisherigen Ausgaben für die Autostraßen, auf denen vier Kolonnen nebeneinander fahren können, ein Umstand, der in einem Krieg von größter Bedeutung sein wird. Man muß aber noch die Kapitalaufwendungen berücksichtigen. Der Aufwand für Investitionen insgesamt betrug in Deutschland 1933: 5 Milliarden Reichsmark, 1934: 8 Milliarden, 1935: 11 Milliarden Reichsmark, zusammen 24 Milliarden Reichsmark. Dabei sind die Gesteungskosten in Deutschland niedriger als in England. Das deutsche Gesamteinkommen weist eine namhafte Steigerung auf, aber die Löhne blieben unverändert. Der größte Teil der Neuinvestitionen wurde für Rüstungszwecke im weiteren Sinn verwendet. Allein im Jahre 1935 wurden die Rüstungsausgaben auf 800 Millionen Pfund, rund 9600 Millionen Mark gesteigert, eine wunderbare, eine verwirrende Ziffer. Kann die Regierung, fragt Churchill, seinen Angaben widersprechen? Die Frage blieb ohne Antwort... Europa, meinte Churchill zum Schluß, nähert sich rasch dem Gipfel dieser Ausgaben, und die Frage sei, wie lange sie auf dieser Höhe beharren können. Das werde sich noch während der Dauer dieses Parlaments entscheiden.

»Entweder die Herzen würden sich erweichen, die großen Nationen sich die Hände reichen und eine Ära der Wohlfahrt und Freiheit verwirklichen, die jetzt in Reichweite der Millionen der bedrückten Menschen liegt, oder es kommt zu einer Explosion und zu einer Katastrophe von einem Ausmaß, das keine Einbildungskraft sie ermaßen und über die hinaus kein Menschensehen sehen kann.«

Angesichts dieser deutschen Aufrüstung, die alle Völker zur Abwehr zwingt, die

dem englischen Volk, das sich so lange dagegen gestraubt hat, neue Opfer auferlegt, findet Churchill die Gegenmaßnahmen der englischen Regierung unzulänglich und allzu verspätet, vor allem aber eine auswärtige Politik, ungenügend, die noch immer davor zurückscheut, das unbedingt erforderliche Risiko im Kampf um die Erhaltung des Friedens zu übernehmen, und so die Wendung, die heute noch möglich sei, herbeizuführen. Die Ziffern, die Churchill anführt, dürfen in der gleichgeschalteten Presse nicht erwähnt werden; als »astronomische Ziffern« tut sie die »Frankfurter Zeitung« ab, ohne sie im Einzelnen zu nennen. Astronomisch sind sie in der Tat; der Ausdruck stammt aus den Kriegsjahren. Aber deshalb sind sie doch wirklich. Auf rund 24 Milliarden deutscher Kriegsausgaben kommt Churchill als Mindestbetrag bis Ende 1935 und seitdem hat sich das Ausgabentempo nicht vermindert und nun treten zu allem Bisherigen hinzu die Kosten für die Befestigungen am Rhein in der schätzungsweise Höhe von 1½—2 Milliarden Reichsmark. Aber jetzt setzt die Gegenwehr ein; der deutsche Vorsprung der letzten Jahre muß ein- und überholt werden und reichere Länder als das ausgeblutete Deutschland begeben sich jetzt auf den Weg des Wettrennens, Länder, deren Goldschatz nicht dahingeschwunden, die ihre Etats nicht nur veröffentlichten, sondern sogar balancieren können, deren schwebende Schulden noch nicht »astronomisch« sind und die ihre Rüstungsausgaben anders als mit Wechselreiterei decken können. In diesem Wettlauf war der Start günstig für die Länder der Diktatur, aber ein günstiger Start entscheidet noch nicht die Erreichung des Zieles.

R. K.

Die Flucht in die Sachwerte

Warum Ausdehnung der Eisenkonzerne?

Flick ist ein Favorit des Dritten Reiches, womit nicht gesagt ist, daß er es nicht auch in der Republik verstanden hätte, sich auf Kosten der Staatskasse gesundmachen zu lassen. Damals war für ihn die Verschachtelung von Unternehmungen ein Spekulationsobjekt, erst im Dritten Reich ist es ihm gelungen, einen umfangreichen Industriekonzern zur dauernden Beherrschung abzurufen. In dem Stahl und Eisen erzeugt, Kohlen zu Tage gefördert, elektrische Kraft hervorgebracht wird. Der Schwerpunkt des Konzerns sind die Mitteldeutschen Stahlwerke. Zu ihnen gehören Werke in Lauchhammer, Gröditz, Brandenburg und Hennigsdorf bei Berlin, das ist so ziemlich die gesamte Stahlproduktion Mitteldeutschlands.

Herr Flick genießt zweifellos bei der Vergabung von Staatsaufträgen bevorzugte Berücksichtigung. Aber die Zunahme der Produktion bleibt hinter der Steigerung der Uberschüsse noch weit zurück. Im Geschäftsjahr 1934/1935 stieg bei Mittelstahl die Rohstahlerzeugung um 30, die Stromerzeugung um 15 Prozent. Aber der Rohüberschuß war von 35 auf 60 Millionen, also um fast 100 Prozent gestiegen. Für Abschreibungen und Rückstellungen wurden bei einem Anlagezuwachs von 7 Millionen nicht weniger als 17 Millionen verwandt, also ein Betrag, der mehr als einem Drittel dem Aktienkapital gleichkommt. Diese Ueberabschreibungen sind in Wirklichkeit versteckte Gewinne und als solche ein Mittel, sich der Anlage in Staatspapieren zu entziehen, wie auch die Verwendung der riesenhaften Uberschüsse eine Flucht aus der Verkettung mit der Schuldenwirtschaft des Dritten Reiches in die Sachwerte darstellt.

Im letzten Jahre hat Flick z. B. von der Materialproduktion in die Fertigerzeugung übergegriffen. Es wurden maßgebende Beteiligungen an der Waggonfabrik Lincke-Hofmann und an der Allgemeinen Transportanlagen-Gesellschaft in Leipzig erworben, beides Unternehmungen von Welttruf. In den letzten zwei Jahren war der Wert der Beteiligungen und Wertpapiere — auch diese dürften überwiegend Beteiligungen darstellen — von 7 auf 32 Millionen gewachsen, also in der Höhe von mehr als zwei Drittel des 45 Millionen betragenden Aktienkapitals.

Mit den Uberschüssen aus der Staatskonjunktur wird dem Monopolkapital zugleich Gelegenheit gegeben, sich vor ihren Folgen zu sichern. Die Angliederungspolitik Flicks entspricht einer allgemeinen Tendenz der Schwerindustrie. Die Zeitschrift »Wirtschafts-Ring« vom 11. März bespricht die Fusionierung der Kraftfahrzeugfabrik C. D. Magirus mit der Klöcknerschen Humboldt-Deutzmotoren-A.-G., wobei Humboldt-Deutz erhebliche Aufwendungen gemacht haben müsse, und sagt dazu:

»Man konnte in letzter Zeit schon des öfteren Gerüchte hören, wonach Klöckner über derartige Pläne auch mit anderen, noch viel größeren und wichtigeren Firmen der Autoindustrie verhandele... Es wächst offenbar in den Kreisen der Eisenindustrie das Vertrauen, daß die Kraftfahrzeugindustrie zu einem der Hauptverbraucher für Stahl werde... schließlich darf man auch daran erinnern, daß von unseren großen Eisenkonzernen nun schon drei unmittelbar in der Kraftfahrzeugherstellung tätig sind: Krupp hat eine eigene große Motoren- und Lastwagenfabrik; der Haniel-Konzern mit der Gute-Hoffnungshütte betätigt sich auf diesem Gebiet durch die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, und nun kommt Klöckner hinzu. Also wird es immerhin interessant sein, zu beobachten, ob ähnliche Entwicklungen sich vielleicht in der Zukunft auch einmal bei den anderen großen Konzernen (Stahlverein, Hoesch, Mittelstahl) ermöglichen lassen werden.«

Allerdings zeigt die Hast der Absatzerhöhung durch Angliederung weniger »Zuträgen« in die von Hitler versprochene Rettung der Nation durch billige Autos, sondern eher das Gegenteil. Die Schwerindustrie will sich sichern für die beiden Fälle, daß die Rüstungskonjunktur durch Marktabwertung aufrechterhalten oder daß mit der Rüstungskonjunktur auch die Autokonjunktur abgebaut werden muß. Bei dem dann sich verschärfenden Konkurrenzkampf wird der Autobetrieb nicht auf der Strecke bleiben, der den Vorzug genießt, sein eigener Betriebsstofflieferant zu sein. Den Monopogewaltigen bietet das Dritte Reich die Möglichkeit, aus der gewaltigen Kapitalvernichtung, die die deutsche Kriegswirtschaft darstellt, gewaltige Kapitalgewinne zu ziehen, aber gleichzeitig sich ihren Folgen zu entziehen.

Warum baut man Eigenheime?

Mit dem Anleihestockgesetz hat sich Schacht ein Instrument zur Lenkung des Kapitalstroms und zur mittelbaren Förde-

rung der Rüstungsproduktion geschaffen. Das Gesetz, das eine Sperre für die Ausgabe aller Wertpapiere außer denen der öffentlichen Hand darstellt, soll den Vorrang des staatlichen vor den privaten Kapitalbedarf sicherstellen. Es schafft ein staatliches Pumpmonopol. Besonders einschneidend ist die nationalsozialistische »Organisation des Kapitalmarktes« für die Hypothekenbanken, Landschaften usw., die den Wohnungsbau mit Hypotheken finanzieren, für die sie die Mittel durch Ausgabe von Pfandbriefen aufbringen. Im Jahre 1930 waren Pfandbriefe um mehr als 1000 Millionen Mark mehr ausgegeben worden als 1929, 1934 um 85 Millionen weniger als 1933, und nach der Reichs-Kredit-Gesellschaft hat »auch das Jahr 1935 keinen nennenswerten Neuzuwachs gebracht. Die einzigen beträchtlichen Neuemissionen, die während des Jahres 1935 placiert wurden, sind die Reichsanleihen.« Der Rückschlag dieser Monopolisierung der verfügbaren Kreditmittel für die »Staatskonjunktur« trifft vor allem den Wohnungsbau. Dr. Knüttel hat auf der Essener Tagung der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie die folgenden interessanten Zahlen über die Entwicklung des Bauvolumens mitgeteilt. Es betrug in Milliarden Mark:

	Oeffentlicher Bau	Gewerblicher Bau	Wohnungs-bau
1930	1.8	2.4	2.9
1931	1.0	1.3	1.7
1932	0.9	0.6	0.7
1933	1.7	0.6	0.8
1934	3.0	0.8	1.2
1935	4.4	1.0	1.1

Daraus geht hervor, daß im Jahre 1930, das mindestens zur Hälfte ein Krisenjahr war, mehr gebaut wurde als 1935. Damals wurde für 7.1 Milliarden gebaut, 1935 für nur 6.5 Milliarden. Der Bau von Wohnungen wurde den Prunk- und Kasernenbauten geopfert, aber trotzdem der Rückgang in Bauwesen durch Forcierung des Bauwesens nicht ausgeglichen.

Aber ein großer Teil des Wohnungsbaus vollzieht sich außerhalb des »organisierten Kapitalmarktes«, also unter Umgehung der Emissionsperre. Die Preußische Landespfandbriefanstalt hat geschätzt, daß von den 1935 für den Wohnungsbau aufgewendeten 1.1 Milliarden 700 bis 800 Millionen vom Privatkapital und nur 300 bis 400 Millionen vom »organisierten Realcredit«, also aus den von Schacht genehmigten Emissionen stammen. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Republik tritt also im Dritten Reich der öffentliche Wohnungsbau fast vollständig hinter dem privaten zurück, der aber auch nur ein Mittel der Flucht aus den faulen Schuldscheinen des Staates in die Sachwerte ist. Das Bestehen eines »schwarzen Kapitalmarktes« neben dem »organisierten« bereitet der »Kölnischen Volkszeitung« schwere Sorge. Sie schreibt am 8. April 1936:

»Ein gewisses Kopfzerbrechen bereitet der schwarze Kapitalmarkt. Er entzieht sich der Kontrolle und wirkt deshalb besonders gefährlich. Er speist alle jene Bauten, die gegenwärtig in Form von Eigenheimen wie Pilze aus der Erde wachsen... Der schwarze Kapitalmarkt speist nicht nur den Eigenheimbau, sondern er vermittelt auch Umsätze in Darlehenshypotheken und sonstigen Anlagewerten, wobei auf der einen Seite der Reiz einer erhöhten Verzinsung steht, während auf der anderen wohl nicht in jedem Falle die Sicherheit hundertprozentig in Rechnung gestellt wird.«

Nach der »Frankfurter Zeitung« vom 15. März bringen »solche Privathypotheken noch immer bis 7 Prozent und darüber gegenüber einem um 5 Prozent liegenden Effektivvertrag festverzinslicher Anleihen. Die Kapitalbesitzer schätzen eben das Verlustrisiko selbst bei zweifelhaften Hypothekenschuldnern immer noch geringer ein als bei den Schuldscheinen des Dritten Reiches, und die Erbauer von Eigenheimen unterwerfen sich lieber einer siebenprozentigen Schuldnechtschaft, als daß sie ihr gutes Geld zur Sparkasse tragen, wo es für die Aufrüstung beschlagnahmt wird. G. A. Frey.

Humor

Auf einem Abend des Kaufmännischen Vereins sprach gestern im Gebäuhsaal der Stadthalle W. von Roy-Quadendorf zum Thema »Afrika — ungetarnt«. Es herrsche ein dichter Schleier über die wahren Verhältnisse im sogenannten dunklen Erdteil. Deutsch-Ostafrika sei, so betonte der Redner weiter, die reichste Kolonie Afrikas. Das deutsche Volk müsse in der Erkenntnis, daß die koloniale Frage seine Rohstofffrage ist, sich zu einer kolonialen Volksfront zusammenschließen. Der in außerordentlich humorvollem Tone gehaltene Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

(»Preussische Zeitung«, Königsberg).

Unser Verhältnis zum Staat

Erörtert vom Verfasser der »Grenzen der Gewalt«

I.
In Nr. 147 vom 5. April des »N. V.« veröffentlicht Genosse Fritz Tejessy einen Artikel, betitelt: »Mit Lassalle«, in dem er verkündet: »Wir müssen unser Verhältnis zum Staat neu durchdenken.«

In der Tat beschäftigt diese Frage heute nicht wenige Genossen, ihre Erörterung ist nicht zu umgehen. Nur fürchte ich, daß die Art, wie F. T. dabei vorgeht, nicht gerade geeignet ist, die dringend erhelschte Klärung zu fördern. Er gibt eine Darstellung, bei der die Dinge auf den Kopf gestellt werden.

Was F. T. verlangt, ist vor allem Staatsgesinnung im Geist der Zeit im Gegensatz zu dem bösen Geist der Marx-Engelschen Staatsauffassung, die bisher die Sozialdemokratie irreführt habe und der ihren erneuten Aufstieg hemme. Nach Lassalle seien es Wilhelm Liebknecht und Bernstein gewesen, die Lassalles Staatsgesinnung vertraten. An sie sollten wir uns halten. Tejessy schließt mit den Worten:

»Von Lassalle über Wilhelm Liebknecht und Eduard Bernstein führt der Weg in die staatspolitische Zukunft der deutschen Sozialdemokratie.«

Er läßt es unentschieden, welchen Bernstein er dabei im Auge hat, ob etwa den von 1891, der damals die Schriften Lassalles herausgab und an dessen »Staatsgesinnung« scharf Kritik übte, oder den von 1899, der die Marx'schen Anschauungen kritisierte. Aber gerade an dem Bernstein von 1899 und an dessen Revisionismus nahm Liebknecht den stärksten Anstoß. Er bekämpfte ihn ebenso sehr, wie er vorher Lassalle und seiner Staatsgesinnung entgegengetreten war. Tejessy weiß in der Tat für Liebknechts »Staatsfreudig-

keit« im Sinne Lassalles nur eines vorzubringen:

»Wilhelm Liebknecht gab — staatsfreudig — seinem 1869 gegründeten Blatt den Titel »Der Volksstaat.«

In Wirklichkeit entnahm freilich Liebknecht diesen Titel dem 1869 beschlossenen Eisenacher Programm, als dessen Verfasser sich Bebel bekannte. Sein erster Punkt lautete: »Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.«

Bebel prägte das Wort als »Tarnung« des Begriffs »demokratische Republik«, weil diese in Deutschland 1869 noch nicht offen als Ziel aufgestellt werden durfte. Mißtrauen gegen die Staatspolizei und nicht eine Liebknechtsche »Staatsfreudigkeit« wurde bestimmend für die Wahl des Wortes. Schon auf dem Eisenacher Kongreß bemerkte Liebknecht, man sage »Volksstaat« statt »demokratische Republik«, um die Partei vor polizeilichen Maßregeln zu schützen (vgl. »Demokratisches Wochenblatt« 1869, Nr. 33).

Soviel über die »Staatsfreudigkeit«, die das Wort »Volksstaat« hervorgerufen haben soll.

Nicht minder gut informiert uns Tejessy über Marx und Engels. Er weiß zu berichten, daß »im Verhältnis zum Staat Marx und Engels liberalistischen Anschauungen unterlegen sind.«

Es ist ein beliebter Kniff mancher Gegner der Demokratie unserer Tage, daß sie die Demokratie dem vom Kapitalismus beherrschten Liberalismus gleichsetzen, um sie in den Augen der Arbeiter zu verdächtigen. Frisch und fröhlich übernimmt Tejessy diesen Kniff. Marx und Engels waren demokratische Republikaner. Das wird bei ihm im Handumdrehen zu einer

Unterwerfung unter »liberalistische Anschauungen«.

Allerdings kann er sich dabei auf einen milderen Umstand berufen, nämlich auf einen Vorgänger: Heinrich Cunow. Schon 1920 veröffentlichte dieser ein Buch über die Marx'sche »Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie«, in dem es hieß, sie sei unter dem »Einfluß der gegen den Staatszwang eifernden englischen Staatstheoretik geraten« (S. 289). An einer anderen Stelle seines Buches (S. 319) behauptet Cunow sogar, Marx habe »aus einem halb utopistisch-anarchistischen Revolutionarismus« seine »Hypothese von der baldigen Abschaffung oder Auflösung des Staates herauskonstruiert.«

Tejessy weiß selbst, daß diese Behauptungen als Entstellungen und Verdrehungen schon 1923 zurückgewiesen wurden in der Broschüre »Die Marx'sche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten«, beleuchtet von Karl Kautsky. F. T. sagt: »Noch 1923 versuchte Kautsky eine Ehrenrettung des oben zitierten Satzes (über das Absterben des Staates) von Engels.« Das hindert F. T. nicht, Cunows Behauptungen zu wiederholen. Kautsky ist bei seinem Schriftchen nicht stehen geblieben. Im zweiten Band seines Buches über die »Materialistische Geschichtsauffassung«, erschienen 1927, erörtert er eingehend auf 600 Seiten jene Frage, die heute so vielen Genossen Kopfschmerzen verursacht, die unseres Verhältnisses zum Staat.

Dort wird unter anderem auch Cunows Behauptung der Beeinflussung der Marx-Engelschen Staatstheorie durch »liberalistische« Auffassungen behandelt:

»Es ist mehr als komisch, anzunehmen, Marx und Engels hätten sich in ihren wissenschaftlichen Auffassungen durch Man-

chesterliberalismus und bürgerlichen Radikalismus bestimmen lassen. Und nicht minder steht in Widerspruch zu den Tatsachen die Behauptung, Marx und Engels hätten im Staat nichts als eine schädliche »Schmarotzerinstitution« gesehen, »die möglichst bald wieder verschwinden müsse.«

»Dies von Marx zu behaupten, dem entschiedenen Bekämpfer des Anarchismus sowohl proudhonistischer wie bakuninischer Färbung! Von Marx, der in seiner »Inauguraladresse«, wie im »Kapital« das hohe Lied des staatlichen Arbeiterschutzes sang und der nicht die Zerstörung, sondern die Eroberung der Staatsgewalt als unerlässliches Mittel zur Befreiung des Proletariats betrachtete! (»Materialistische Geschichtsauffassung«, Bd. II, S. 54.)

Allen Ernstes scheint dagegen F. T. zu glauben, daß Marx und Engels den Staat in Gemeinden auflösen wollten. So fasse ich wenigstens seinen Satz auf, die deutsche Sozialdemokratie sei den »Kommunalismus des deutsch-englischen Döckerpaares nie ganz los« geworden. Was soll das Wort »Kommunalismus« sonst besagen?

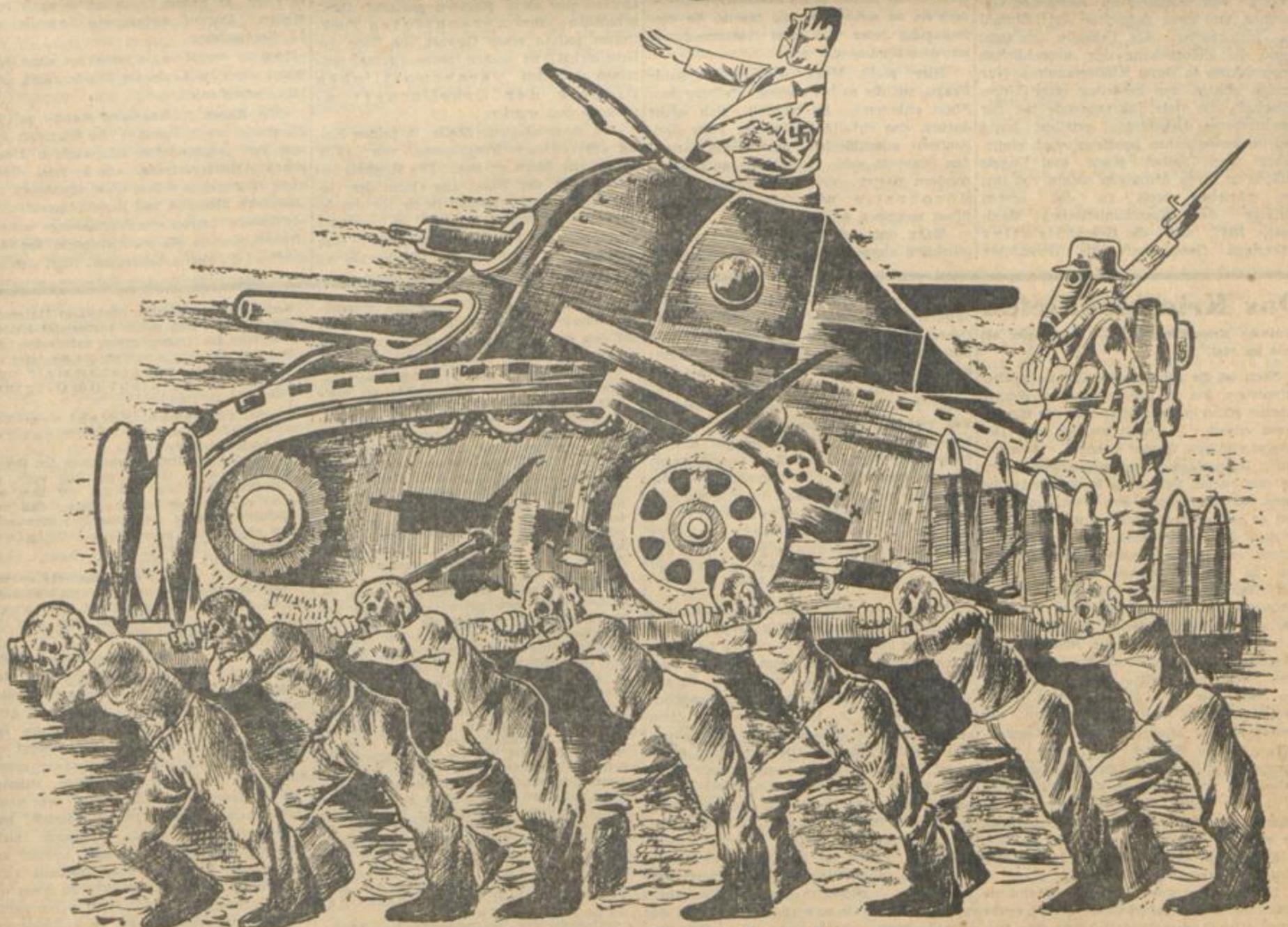
In Wirklichkeit stellten Marx und Engels im März 1848 an die Spitze ihres Programms, das sie für die deutsche Revolution entwarfen, die Forderung:

»Ganz Deutschland wird zu einer einzigen untellbaren Republik erklärt.«

Diesem Programmpunkt blieben sie treu ihr Leben lang. Die Forderung des Einheitsstaates: wech tiefstehender »Kommunalismus«!

Kein Zweifel: Marx steht ebenso wenig wie sonst ein Denker über jeder Kritik. Der Schreiber dieser Zeilen hat selbst an manchen überholten Äußerungen des

Maifestzug 1936



»Freut euch des Lebens!«

deutsch-englischen Dioskurenpaars« Kritik geübt. Wohl aber dürfen ebenso wie jeder andere Denker auch Marx und Engels fordern, daß ihre Kritiker sie zuerst richtig lesen und darstellen, ehe sie an die Kritik gehen. Die meisten Marxstötter, auch solche aus unseren Reihen, haben es vorgezogen, die Marx'schen Auffassungen ins Lächerliche zu entstellen, was allerdings die Aufgabe der Kritik sehr erleichtert.

Soviel über die negative Seite des Angriffs Tejessys. Wichtiger als die Frage, ob er die Leser des »N. V.« über Marx richtig informiert, ist die Frage, wie sich die deutsche Sozialdemokratie zum Staate stellt.

Darüber ist noch einiges zu sagen.

II.

Gar manche der Differenzen in unseren Reihen in bezug auf den Staat löst sich näher betrachtet in bloße Differenzen der Terminologie auf. Sie rühren vielfach daher, daß wir nicht alle einig darüber sind, welche Erscheinung im Völkerleben wir als Staat bezeichnen. Wir können politisch völlig übereinstimmen und doch anscheinend in starkem Gegensatz zueinander stehen, wenn jeder eine andere Erscheinung als Staat bezeichnet.

Mancher sieht in jedem souveränen Gemeinwesen einen Staat, bezeichnet ihn als Organisation der Gesellschaft überhaupt. Da die Gesellschaft ohne Organisation nicht bestehen kann, ist von diesem Standpunkt aus ein geordnetes gesellschaftliches Leben ohne Staat nicht möglich, ist er das »Vestafener alter Zivilisation«. So dachte Lassalle. Diese Auffassung greift F. T. auf.

Andere sehen im Staat eine besondere Organisationsform der Gesellschaft, die relativ erst sehr spät in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft auftritt, sobald die ursprüngliche Freiheit und Gleichheit aller Mitglieder eines Gemeinwesens durch Klassengegensätze verdrängt wird. Die Gesellschaft zerfällt jetzt in Herrschende und Beherrschte. Jene geben der Organisation des Gemeinwesens Formen, durch die es zum Herrschaftsmittel wird und als solches zum Staat. So faßten Marx und Engels den Staat auf.

Wenn sie darin von Lassalle abwichen, bedeutete das noch keinen Gegensatz der Politik, sondern nur der Terminologie. Doch verbirgt sich dahinter ein sachlicher Gegensatz, und zwar doppelter Art: Einmal ein historischer. Als Lassalle aufkam, stand die Erforschung der menschlichen Urgeschichte in ihren Kinderschuhen. Nur wenige ahnten das Bestehen einer Urgesellschaft, die viele Jahrtausende vor der geschriebenen Geschichte existiert hatte und im wesentlichen kommunistisch eingerichtet war. Selbst Marx und Engels wußten in ihren Anfängen nichts von ihr. Sie schrieben noch in der ersten Auflage des kommunistischen Manifests, 1847, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte

von Klassenkämpfen sei. Erst später hat ihn Engels richtiggestellt. Diese neue Erkenntnis macht es unmöglich, den Staat der Klassengesellschaft als einzige Organisationsform der Gesellschaft zu betrachten. Wenn Lassalle das noch nicht wußte, ist ihm das nicht zu verübeln. Aber es bedeutet keinen Fortschritt sozialer Erkenntnis, heute, siebenzig Jahre nach seinem Tode, von den Ergebnissen der Urgeschichtsforschung der letzten hundert Jahre nicht Kenntnis zu nehmen und die Lassallesche Auffassung des Staates über die Marx'sche zu erheben.

Doch nicht nur dieser Unterschied in der Erkenntnis der Geschichte der sozialen Entwicklung verbirgt sich hinter dem Gegensatz der Staatsauffassungen zwischen Marx und Lassalle. Er wird den meisten meiner Leser als ein bloß akademischer erscheinen. Es steckt hinter den verschiedenen Auffassungen des Staates auch ein zeitweise sehr tiefgehender praktischer Gegensatz der Stellung der Sozialdemokratie oder der Kämpfer um die Emanzipation des Proletariats zu den Organen der Staatsgewalt.

Der Staat ist bloße Abstraktion. Was wir in greifbarer Wirklichkeit vor uns sehen, sind die Organe der Staatsgewalt. Diese Organe, sie bilden tatsächlich den Staat, unterschieden von der Bevölkerung, der sie mit den Mitteln einer Zwangsgewalt gegenüberstehen. Unsere Stellung zum Staat ist tatsächlich nichts anderes als unsere Stellung zu den Staatsorganen. Sie hat uns zu beschäftigen, wenn wir der Aufforderung F. T.s nachkommen, »unser Verhältnis zum Staat neu durchzudenken.«

Natürlich wäre es für unseren Zweck ganz überflüssig, unser Verhältnis zum Staat an sich oder zu seinen Organen an sich durchzudenken. Das wäre eine metaphysische Spielerei. Was für uns wichtig wird, ist das Durchdenken unseres Verhältnisses zu den Organen des heutigen Staates.

Welches sind diese Organe?

Marx sagt es mehrfach sehr deutlich, unter anderem in einem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871, wo er bemerkt: »Wenn Du das letzte Kapitel meines »Achtzehnten Brumaire« nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere Hand zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und das ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.«

Hier stellt Marx die entscheidende Frage, auf die es bei unserer Stellung zum Staat ankommt. Es handelt sich nicht darum, das »uralte Vestafener alter Zivilisation« auszulöschen, auch nicht darum, den Staat in seine Gemeinden aufzulösen, sondern darum, welche Stellung wir der Bürokratie und dem Militär im Staat zuweisen wollen.

Marx hat sich vielleicht nicht ganz glücklich ausgedrückt, wenn er vom Zer-

brechen der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie sprach. Auch sonst erscheint mir die Terminologie von Marx und Engels gerade in der Staatsfrage nicht immer gut gewählt, weil sie Mißdeutungen böswilliger oder verständnisloser Leser erleichtert, und an denen hat es ihnen nie gefehlt. So ist z. B. der Gedanke sehr richtig, dem Engels Ausdruck gab, wenn er vom Absterben des Staates sprach, aber eine lange Reihe von Auslegern hat aus dem Wort »Absterben« allen möglichen Unsinn abgeleitet, abgesehen von jenen frechen Fälschern, die Engels die »Ab-schaffung des Staates« fordern lassen, obwohl er ausdrücklich erklärt, wir hätten den Staat nicht abzuschaffen, sondern zu erobern, um mit Hilfe der Staatsgewalt die kapitalistischen Produktionsmittel zu sozialisieren. Sei das geschehen, dann gebe es keine Klassengegensätze mehr:

»Das Eingreifen der Staatsgewalt wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung des Produktionsprozesses. Der Staat wird nicht »abgeschafft«, er stirbt ab.«

Das ist ganz richtig gedacht, kann aber doch mißverstanden werden und ist mißverstanden worden. In seiner »Materialistischen Geschichtsauffassung« kommt daher Kautsky bei seiner eingehenden Erörterung der Engels'schen Auffassungen zu dem Schluß: »Man sollte nicht so sehr vom Absterben des Staates, als vielmehr von seinem Funktionswechsel sprechen.« (S. 607.)

So konnte auch der Ausdruck vom »Zerbrechen« der bürokratischen Staatsmaschinerie falsch dahin ausgelegt werden, als hätte Marx die Zertrümmerung dieser Maschinerie verlangt. Das wäre aber sicher völlig verkehrt. Im modernen Staat wachsen die Aufgaben der Staatsmaschinerie und damit der Umfang der staatlichen Bürokratie immer mehr. Das ist ein notwendiger Prozeß, der durch nichts aufzuhalten ist. Die Herbeiführung einer sozialistischen Produktionsweise wird manche Aufgaben der Bürokratie beseitigen, dafür aber in noch höherem Grade andere setzen.

Marx erklärte in seiner Abhandlung über die Pariser Kommune (»Der Bürgerkrieg in Frankreich«), daß es gegolten habe: »die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden«. Ihre berechtigten Funktionen sollten einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.

An einer anderen Stelle, in seiner Kritik des Gothaer Programms von 1875, drückt das Marx so aus: »Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln«, also der staatlichen Bürokratie ihre Allmacht zu nehmen, die Bürokraten zu

verantwortlichen Dienern der Gesellschaft« zu machen, nicht bloß die unteren Angestellten, sondern auch ihre obersten Spitzen.

Dieser Gedankengang bezeichnet deutlich die Marx'sche Stellung zum Staate, an ihn muß jeder anknüpfen, der diese Marx'sche Staatsauffassung erkennen und erörtern will. Es ist nichts anderes als die Eroberung weitestgehender Demokratie. Damit nimmt Marx dieselbe Stellung ein wie fast alle politischen Sozialisten. Allerdings nur fast alle, nicht ausnahmslos alle.

Es ist die Stellung derjenigen, die der »bürokratisch-militaristischen Maschinerie« mißtrauen, dagegen voll Vertrauen sind zum Volk und speziell zum Proletariat und zu den Entwicklungsmöglichkeiten, die es auch dort in sich birgt, wo es augenblicklich noch schwach und unreif ist. Aber mancher der politischen Sozialisten, das heißt derjenigen, die die Wichtigkeit der Staatsmacht für den Aufbau sozialistischer Produktion erkannt haben, zweifelt am Proletariat, er mißtraut ihm. Dafür hegt er größtes Vertrauen zur Bürokratie überall dort, wo sie infolge besonderer Verhältnisse stark genug wird, wenigstens dem Anschein nach über den Klassen zu stehen. Da sei ihre Macht der Hebel, der das bestehende Ausbeutungssystem aus seinen Angeln heben werde. Die so denken, das sind die Staatssozialisten. Sie haben ungemessenes Vertrauen zum Staat, das heißt zu seiner Bürokratie.

Die Bürokratie kann aber nur regieren, nicht herrschen, zum Unterschied vom konstitutionellen König, der nur herrschte, aber nicht regierte. Bürokratie wie Militär bedürfen einer Spitze, von der sie kommandiert werden. Die Allmacht der Bürokratie bedeutet die Allmacht eines Königs oder Diktators.

Diktatur oder Demokratie, das ist die große Frage, vor der wir heute stehen. Diese Frage war es in erster Linie, die Marx und Lassalle entzweite. Marx forderte die Demokratie, Lassalle erstrebte die Diktatur — nicht von vornherein, er war anfangs Demokrat. Aber in seinen letzten Jahren, als er sich von Marx trennte, verlangte er die Diktatur. Kennzeichnend dafür sind folgende Sätze. Am 15. September 1860 schrieb Marx an Lassalle und bemerkte, in der Politik genüge es nicht, zu hassen, man müsse auch verstehen. Darauf entgegnete Lassalle am 17. September:

»Häß in der Menge reicht zu allem hin, wenn nur fünf Leute im Staate sind, die auch verstehen.«

Mit dieser Anschauung stand es im Einklang, wenn Lassalle die Statuten des von ihm begründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 8. Juni 1863 ohne Vorwissen seiner Parteigenossen an Bismarck schickte und dazu bemerkte:

»Ich sende hierbei die Verfassung meines Reiches, um die Sie mich vielleicht beneiden dürften... Der Arbeiterstand fühlt sich in-

Das Kriegsfeuilleton

Deutsche Kriegsliteratur — »Schlimmer als einst im Mal...«

Noch ist die rührende Geschichte in aller Erinnerung, wie der Kriegsfreiwillige Werner Schmidt schon im September 1914 das Eisenerne Kreuz erhielt... Damit war es also: Der Kriegsfreiwillige Werner Schmidt, siebzehnjährig, lag mit ausgeschossenen Augenlidern auf dem harten Bett eines Feldlazarettes im Osten. Er war beinahe schon tot. Immerhin weil er es doch noch nicht ganz war, konnte er noch dekoriert werden. Und so trat Exzellenz von Hindenburg, der selbstverständlich zu der Zeit gerade am Ort weilte und keineswegs, wie gewöhnlich, über Schlachtpläne nur so brütete, an das Bett von dem Gemeinen Werner Schmidt heran und heftete ihm das Eisenerne Kreuz höchstpersönlich — zwar nicht an das vorgeschriebene zweite oder dritte Uniform-Knopfloch von oben, aber doch an das blutige Hemd. Und da erwachte — zum letzten Mal — der siebzehnjährige blindgeschossene Kriegsfreiwillige Werner Schmidt aus seiner tiefen Ohnmacht, er verspürte Exzellenz vor sich stehen und verspürte auch das Ehrenzeichen an seinem Hemd. Und da sagte Werner Schmidt mit feister Stimme: »Nun, so kann ich wirklich freudig sterben; denn ich habe ja das Eisenerne Kreuz!« Sprach, drehte sich herum und starb wirklich sofort...

Die Zeit, die diese sinnreiche Geschichte erfand und sich geneßerisch zu Gemüte (siehe unter: »Gemüt, deutsches!«) führte, war freilich noch gradezu eine Ausgeburt von Vernunft und Wohlstand gegenüber dem, was

zur Stunde dieses Deutschland darstellt. Der »Führer« von damals trug immerhin noch Generalstiefeln an der Hose und beherrschte auch noch wenigstens einigermaßen die deutsche Grammatik. Das ist vorbei, vorbei... Wir sind bis auf den Hitler herunter! Das will ja auch literarisch wirklich was heißen! Auf jeden Fall: die rührende Kriegsanekdote vom sterbenden Kriegsfreiwilligen Werner Schmidt ist längst, längst etwa so überholt und übertrumpft, wie etwa der kleine Fokker von damals durch den heutigen Göring-Bomber. Deutsche Kriegs-Lyrik — das schmückte damals noch nach immerhin gut gepflegtem Stammtisch-Bier; heute ist es Fusel aus der SA-Budike!

In der von einer besonderen Geistkanone des Dritten Reiches, von Wil Vesper herausgegebenen Zeitschrift »Die Neue Literatur« (Aprilheft) steht jetzt ein Feuilleton, betitelt »Disziplin«, Verfasser: Erhard Witteke. Milieu ist die Seeschlacht vor den Falklandinseln. Die Engländer werden darin zuerst einmal wüt beschimpft, daß sie von ihrer artilleristischen Ueberlegenheit überhaupt Gebrauch machten; nimmermehr hätte das nämlich — natürlich — ein aus Buxtehude stammender Gentleman deutschen Blutes, namens Erhard Witteke als Kommandeur einer Schlachtflotte getan, versteht sich! Immerhin, damit die Geschichte überhaupt vonstatten gehen kann — und sicherlich nur deswegen — müssen die bösen Briten auch wieder andererseits so edelmütig sein, daß sie nächster Rettungsboote trotz stürmischer See aussetzen und die in den Wogen treibenden Ueberlebenden der deutschen Schiffe »Scharn-

horst« und »Gneisenau« zu bergen versuchen; schade eben, daß man es mit Rücksicht auf den späteren Zusammenhang nicht ganz verschweigen kann! Und nun gehts los:

»Es entstand ein rücksichtsloses Gedränge im Wasser. Jeder wollte der erste sein, jeder fühlte seine Kräfte aufs äußerste erschöpft, die Todesangst steigerte sich von Sekunde zu Sekunde und es war auch nicht mehr weit von einer Panik. Ein Offizier, der verhältnismäßig am weitesten entfernt von den englischen Booten im Wasser rang, erkannte die Gefahr. Wenn die Schwimmer die Boote zu stürmen versuchten, so sprach alles dafür, daß die Engländer wenden und davonfahren würden, um sich vor dem Kentern zu bewahren. Flohen sie aber die Schwimmenden nicht, so mußten die ersten Boote doch sinken, da alle deutschen Matrosen sich diesen ersten Booten zuwandten und keines von ihnen natürlich groß genug war, sie alle aufzunehmen. Und so schrie der Offizier angstvoll über das Wasser und über die vor ihm Schwimmenden hinweg:

»Nicht so drängeln, Leute! Nicht so drängeln!«

Ein Unteroffizier, der etwa fünf Meter vor ihm schwamm, hörte die Worte, wandte den Kopf, erkannte den Offizier und — war es nun die gleiche Ueberlegung, die seinen Vorgesetzten die Gefahr hatte erkennen lassen, war es stumpfsinnige Gewohnheit oder blitzschnelles Erkennen der Möglichkeiten — genug, der Unteroffizier hob wassertretend seinen Kopf über die Flut, legte die Hände wie einen Trichter vor den Mund und rief mit aller Kraft nach vorn:

»Durchsagen! Befehl vom Ersten Offizier: Es soll nicht gedrängelt werden!«

Und die von dem Toben der Seeschlacht, dem gräßlichen Anblick der von Sprengstücken zerrissenen Kameraden, dem Untergang ihres Schiffes, dem Ringen mit

dem Meer erschöpften deutschen Matrosen, deren Seelen sich schon vorbereitet hatten, den Weg ins Unbegangene anzutreten, gaben nun die Worte weiter, bis sie beim ersten entrufen, unverständlich und in vollem Wortlaut (im Original gesperrt! D. Red.)

»Durchsagen! Befehl vom Ersten Offizier: Es soll nicht gedrängelt werden!«

Als der vorderste Schwimmer den Befehl erhalten hatte, blickte er nach vorn, ob vielleicht noch ein anderer vor ihm sei. Und nachdem er erkannt hatte, daß tatsächlich niemand mehr vor ihm schwamm, rief er zurück (ebenfalls im Original spationiert. D. Red.):

»Befehl ist durch!«

Und auf diese Weise wanderte er von dem einen Soldaten zum anderen und kam, wie es die Vorschrift verlangt, bis zu dem Ersten Offizier, von dem der Befehl ausgegangen war. — — —

Das ist die erhebende Geschichte von der Seeschlacht vor den Falklandinseln. Man beachte die Psychologie! Selbstverständlich wird ein Erster Offizier auch dann noch groß geschrieben, wenn bereits die Lunge voll Salzwasser ist. Selbstverständlich besorgt ein deutscher Unteroffizier die Rettung seiner Kameraden in den entscheidenden Minuten erst dann, wenn er dazu Befehl, vom großgeschriebenen Ersten Offizier nämlich, hat. Selbstverständlich wurde das ganze nicht etwa durchgeführt, damit man endlich aus dem nassen Entsetzen aufs Trockene kam, sondern damit die »Vorschrift« zu ihren unabdingbaren Rechten kam. Lieber wären natürlich alle deutschen Helden einzeln glorreich verstorben, wenn nicht der Befehl auch wieder bis zurück an den großgeschriebenen Ersten Offizier gelangt wäre. Selbstverständlich hat

stinkmäßig zur Diktatur geneigt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, daß dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird.

Ja, mehr noch, der »Arbeiterstand« sei geneigt, in der Krone den natürlichen Träger der »sozialen Diktatur« zu sehen, wenn dieses Königtum sich entschließen könnte, »sich in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln. (G. Mayer, Bismarck und Lassalle, Berlin 1928, S. 59, 60.)

Das ist wohl die »Staatsgesinnung« im Geiste Lassalles, die Tejessy uns empfiehlt.

Fast um dieselbe Zeit, in der jener Brief an Bismarck geschrieben wurde, verkündete Marx (1864), daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk sein müsse. Das war dasselbe, was Engels in seiner letzten Äußerung, seinem Vorwort zu Marxens »Klassenkämpfe in Frankreich« feststellte:

»Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, wozu es sich handelt.«

Aber hat nicht Marx selbst das Wort von der »Diktatur des Proletariats« geprägt? Auch das gehört zu jener Terminologie, die ich als unglücklich gewählt empfinde, weil sie Mißverständnisse ermöglicht.

Diktatur ist nur erreichbar durch Allmacht der »bürokratisch-militärischen Maschinerie«, also gerade durch jene Einrichtung, deren Zerschlagung Marx als Vorbedingung jeder »wirklichen Volkerevolution« fordert. Er lehnte es ab, daß diese Maschinerie einfach aus einer Hand in die andere »übertragen« werde, wie das »bisher« jede Revolution getan.

In der Zeit nach dem Weltkrieg ist eine ganz neue Art Diktatur emporgekommen, die »Parteidiktatur«.

In dem Menschenalter vorher waren in vielen Staaten Europas die Bedingungen für die Bildung von Massenparteien möglich geworden durch relative Freiheit der Massen, sich zu organisieren, frei ihre Parlamentsvertreter zu wählen, eine eigene Presse zu gewinnen. Da konnten große Massenorganisationen entstehen, ökonomische wie politische, die für das politische Leben bestimmend wurden.

Aus diesem Zustand konnte unter Umständen das Streben nach einer besonderen Art Diktatur hervorgehen: das nach der Diktatur der eigenen Partei. Indes waren jene Parteien, die danach strebten, selbst schon von vornherein auf der Diktatur ihres Führers aufgebaut. Und wo es zu der Diktatur einer Partei kam, konnte sie absolut nur dadurch herrschen, daß sie über eine allmächtige, bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie verfügte. Diese ist das A und das O jeder Diktatur. In einer Diktatur wird diese Maschinerie unweigerlich so stark, daß sie nicht der Diener der Partei bleibt, als die sie gedacht ist, sondern ihr Herr wird. Die angeblich herrschende Partei wird selbst bürokrati-

Ein ehemaliger Schutzhaftgefangener schreibt uns:

Am 1. Mai führte man uns Schutzhaftlinge frühmorgens zwei Stunden in der Stadt herum. Zahlreiche SS-Posten unter Gewehr eskortierten uns. Singen mußten wir abwechselnd »O Deutschland hoch in Ehren«, »Die Wacht am Rhein« und »Deutschland, Deutschland über alles«. Am anderen Tage, den 2. Mai, munkelte man im Lager, daß alle Gewerkschaftsführer verhaftet seien. Tatsächlich war am 2. Mai die große Aktion gegen die Gewerkschaften geführt worden. Schon frühmorgens wurde uns verkündet, daß heute großer, uns wohl bekannter Besuch käme. Zu Mittag wurden sämtliche Gewerkschaftsführer ins Lager eingeliefert. Daraus machte die Lagerkommandantur ein unerhörtes Schauspiel zur Belustigung der SS-Leute. Wir wurden alle zum Antreten befohlen. In zwei Reihen wir, und zwischen drin die Gewerkschaftsangehörigen, die »Bonzen«, wie sie im Sprachgebrauch der Nazi und Kommunisten heißen. Vor uns versammelten Schutzhaftgefangenen mußten sie sich zunächst gegenseitig begrüßen, und zwar so: Ein Gewerkschaftsangehöriger wurde dem anderen gegenübergestellt und gefragt, ob er den anderen kenne und woher. Dann mußten sie sich die Hände reichen, vor einander tiefe Verbeugung machen und sich zu ihrer Schutzhaft beglückwünschen. Bei wem die Verbeugung nicht tief genug ausfiel, der bekam Faustschläge auf den Buckel, daß er zusammensank. Zwischen dem Sekretär des Holzarbeiterverbandes und Textilarbeiterverbandes bekam die Sache eine andere Wendung. Der vom Holzarbeiterverband wurde gefragt und antwortete: »Jawohl, wir waren zusammen im Felde bei einer Kompagnie. Da haben wir uns kennen gelernt.« »Halt die Fresse, verfluchtes Bonzenschwein und renommiere nicht mit deinem Fronterlebnissen herum. Da hast du Sau doch früher nie daran

gedacht. Du Schwein warst doch nie ein guter Soldat.«

»Ich war Feldwebel, habe fünf Kriegsauszeichnungen und bin dreimal verwundet.« »Halt die Fresse, du Renommiersau, sonst schlag ich sie dir zu.«

Jetzt mußten die Kommunisten unter uns Schutzhaftlingen hervortreten. Von ihnen mußte nun zu beiden Seiten eines Gewerkschaftsangehörigen je einer Aufstellung nehmen. Von den Kommunisten mußten die Bonzen nun an uns vorbeigeführt werden, wobei sie mit Schlägen und Puffen traktiert wurden. Aus dem Gehen wurde schließlich ein Laufen und Jagen vor den Mißhandlungen. Für uns war die Vorstellung beendet, aber nicht für die Gewerkschaftsangehörigen. Diese mußten jetzt Rock und Weste ausziehen, die Hosenträger ablegen. Sie standen ja in einer ausgerichteten Reihe und mußten sich die Hosen mit den Händen am Leibe halten, damit sie diese nicht verloren. Nun erschien die ganze SS die im Lager war mit Gummiknüppel und Revolver in den Händen und begann, die Gewerkschaftsangehörigen vor sich herzutreiben. Es wurde eine Jagd auf Leben und Tod. Hinter jedem Angestellten hetzte wilde SS her und schlug zu, wohin sie nur treffen konnte. Der Genosse B. (er hat seinem Leben ein Ende gemacht und ist längst tot) hatte die Spitze genommen, er war ja auch der gewandteste und noch jünger. Er lief wie ein Wiesel, so daß ihm kein SS-Mann nachkommen konnte. Doch als gar ein Schuß krachte und die Kugel dicht an seinem Kopfe vorbeisauerte, rannte er wie wahnsinnig geworden. Schlimmer ging es dem W., S. H. und K., einer 54 Jahre, einer 58 Jahre und einer 61 Jahre alt. Sie brachen gar bald zusammen und konnten nicht mehr weiter. In einem Knäuel wälzten sie sich am Boden und jeder versuchte, sich wieder hochzuarbeiten, da die SS unbarmherzig auf sie einschlug, so lange sie am Bo-

den lagen. »Ihr Bonzenschweine, ihr faulen Hunde, wollt ihr vielleicht laufen.« brüllten die SS-Bestien und schlugen zu was der Gummiknüppel hergab, bis die vier sich mühsam wieder hochgerichtet hatten. Noch ein paar Schritte schleppten sie sich vorwärts, doch dann brachen sie wieder zusammen. D. war schwer lungenleidend. Auch er brach zusammen und wurde mißhandelt. Am anderen Tage früh mußten sie wieder mit uns antreten. Jeder wurde jetzt von den SS-Leuten einzeln nach seinem Monatsgehalt gefragt.

»Na, wieviel Gehalt hast du Bonzenschwein?«

»230 Mark im Monat.«
»Wieviel? 600 hast du Lügensau!«
»Nein, nur 230 Mark.«

Darauf erhielt er ein paar kräftige Ohrfeigen und Fußtritte in den Leib, daß ihm Hören und Sehen verging und dann kam nochmals die Frage:

»Wieviel hast du Gehalt, du dreckige Bonzensau, 800 Mark, willst du das eingestehen und nicht schwindeln?«

Dabei hatte die SS-Bestie schon wieder zum Schlage ausgeholt. Und weil der Gefangene schwieg, wurde er angebrüllt: »Wird es bald?« Um weiteren Mißhandlungen zu entgehen, log er notgedrungen: »800.«

Tatsächlich hatte er aber nie 800 Mark gehabt, sondern wirklich nur 230 Mark. Zu den dreckigsten Arbeiten wurden die Gewerkschaftsangehörigen befohlen. Dabei durften sie kein Wort reden. Der Genosse S. machte nur einmal eine leise Bemerkung, die der Posten aber doch bemerkte hatte. Sofort setzte er ihm den Revolver auf die Brust und schrie ihn an: »Soll ich dich Sau erschießen?«, »Erschieß mich nur«, gab Genosse S. kaltblütig zur Antwort. Ein paar kräftige Ohrfeigen und verschärften Arrest wegen Verstoß gegen die Lagerordnung war die Strafe. Das war 1933 im Mai. Und heute?

siert oder militarisiert und dadurch die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie einverleibt.

Das beachten manche unserer Genossen nicht, die gegen die Hitlererei kämpfen. Sie lehnen nicht jede Diktatur ab, sondern nur eine besondere Art derselben, den »Faschismus«. Sie wollen nicht die Demokratie erobern, sondern nur das tun, was schon Marx verwarf, auf den sie sich berufen: die Diktatur, das heißt die Allmacht der bürokratisch-militärischen Maschinerie aus einer Hand in eine andere übertragen.

Sollen wir zu diesem Zweck Hitlers Sturz anstreben oder sollen wir eine so weitgehende Bewegungsfreiheit der Massen im Staate und eine solche Ausdehnung der Selbstverwaltung in ihr durchsetzen, daß dadurch die unvermeidliche Bürokratie aus einem Herrn zu einem Diener des Volkes wird?

Das ist die große Frage, über die in unseren Reihen völlige Klarheit herrschen muß, ehe wir mit Erfolg eine antihitlerische Propaganda betreiben können. Sie ist ernstlich zu durchdenken. Dabei wird es wohl von Nutzen sein, die Staatsauffassung Lassalles mit der zu vergleichen, die in den Schriften von Marx und seiner Schule niedergelegt und bis in unsere Tage fortentwickelt wurde.

Aber die Aufgabe der Klärung kann nur gehemmt werden durch Verneblungsoperationen, wie sie Fritz Tejessy vornimmt.

Ohne Verstellung ...

Ueber eine Uraufführung der Oper »Der verlorene Sohn« schreibt die »Köln. Volkszeitung«:

»Diese Oper in zwei Akten des Berliner Staatskapellmeisters Prof. Rob. Heger hat den Ehrgeiz, die deutsche Bühne um

ein schlagkräftiges Gebrauchswerk von ausgesprochen virtuosem Zuschnitt zu bereichern. Die Musik ist ein Schmelzspiel für beste Kapellmeistermusik; sie greift ohne Verstellung nach den offen zutage liegenden Vorbildern, die im »Rosenkavalier« und der »Arabella«, im »Rigoletto« und der italienischen Oper vorgezeichnet sind. Der Orchesterklang und die Deklamation neigen in der Hauptsache der Technik von Strauß und Graener zu, soweit nicht italienische Erinnerungen aufklingen. Alles hat in hohem Maße virtuose Anlage... verbindet unbedenklich den Stil der Operette, der großen Oper und des Kammerpiels und verschmätzt faustdicke Sentimentalitäten ebensowenig wie die witzelnde Gestik überwundener Richtungen. Trotzdem bleibt es fraglich, ob der Endzweck, »Hoffmanns Erzählungen« zeitgemäß zu ersetzen, hier wirklich erreicht wird.«

Bei wie vielen muß eigentlich noch gestohlen werden, um den einen Juden Offenbach zu ersetzen?!

der Unteroffizier (der heidische Schreiber aus SA-Kreisen meint natürlich immer noch einen Maat; aber das nur nebenbei!) die Hände an die Hosennaht geführt — als er den »Befehl« vom (großgeschriebenen Ersten) Offizier empfing. Selbstverständlich hat der erste Schwimmer die bewußte Kehrtwendung der Vorschritt gemäß nach links mit 180 Grad genommen, als er — nicht etwa sich demgemäß, ohne zu drängeln, rettete, sondern vor allem sich der Wichtigkeit des Momentes nunmehr voll und ganz hingab, daß »der Befehl« endlich »durch« sei. Selbstverständlich.

Folgender politische Refrain hängt aber dieser schönen Geschichte, die aus den wirklichen Taten der Falklandinseln gern ein paar Hitlerindianer vom Bunde Deutscher Mädels nachträglich machen möchte und schon darum eine ganz üble nationale Schandbarkeit darstellt, noch von so begabten Verfassern, Pg. Erhard Witteke, an:

»... well sie es in sich tragen, was man mit dem gewöhnlichen, oft verachteten Wort Disziplin nennt. Unsere Feinde (!) verstehen darunter Kasernenhofdrill. Sie spotten darüber, und ahnen doch, daß viel mehr dahintersteckt, als das Hohwort verrät. Denn sonst würden sie diesen Begriff nicht fürchten. Wer aber von unserem Blute ist, wird nach diesem Bericht ahnen, was Disziplin unter deutschen Soldaten in Wahrheit ist.«

F. E. Roth.

Drei Jahre Mißwirtschaft

200.000 : 12 Millionen.

In Leipzig sprach Reichskulturwalter Hinkel über die Ergebnisse der bisherigen Kulturpolitik. Was wurde erreicht? Die DAZ berichtet über den Vortrag:

»Im ganzen könne voll Befriedigung auf die Arbeit der letzten drei Jahre zurückgeblickt werden. Das Stadium der Organisation müsse als abgeschlossen bezeichnet werden. Die Bahnen seien ebnen, und es sei nun möglich, an den positiven Aufbau heranzugehen.«

Die Organisation abgeschlossen — in drei Jahren! Und was kostet diese fabelhafte Leistung? In der »Systemzeit« habe

»der Etat des preußischen Kultusministeriums damals 200.000 Mark aufgewiesen, die auch auf Jahre hinaus schon festgelegt gewesen seien. Im ersten Jahre des nationalsozialistischen Aufbaues sei der Etat auf eine Million, im nächsten Jahre auf zwölf Millionen erhöht worden.«

12 Millionen für die Organisation! »Kein Land der Erde habe so große Summen allein für die Pflege des Theaters zur Verfügung gestellt...« Natürlich nicht, denn in keinem Land der Erde ist das Theater so schandbar ruiniert worden wie im Dritten Reich! In keinem anderen Lande muß das Publikum dergestalt zwangsweise hineingelotet werden. In keinem Land der Erde wurde die Theaterkunst je so kastriert! 12 Millionen für die Bürokratisierung und Niederhaltung der Theaterkunst! Der Reichschrifttumskammer aber rühmte Hinkel nach,

»daß in den letzten drei Jahren kein deutsches Buch erschienen sei, das sich gegen eine andere Regierungsform oder gegen einen fremden Staatsmann richte. Darin

sel ein gewaltiger Beitrag der deutschen Kulturpolitik für den europäischen Frieden zu erblicken.«

Die Literatur des Dritten Reiches zu lesen, lehnt offenbar auch dieser Kunstfeldwebel ab. Denn von »Mein Kampf« abgesehen, in dessen Neuauflagen nach wie vor die demokratischen Staatsformen ebenso verächtlich behandelt werden wie Rußland, haben gerade im letzten Jahr prominente braune Federn in diesem Punkte Beträchtliches geleistet. Wir verweisen nur auf Steguweit's neues Stück, in dem sowohl das Parlament wie die Regierung Frankreichs beschimpft werden. Oder auf Dwingers Baltikumbuch, in dem nicht nur das bolschewistische System verächtlich, sondern auch die englische Regierung und englische Regierende lächerlich gemacht werden. Soviel über diesen »gewaltigen Beitrag« zum Frieden.

Kultureller Aufschwung

Die Synagoge in Dt.-Eyiau wurde für 9000 Mark versteigert. Den Zuschlag erhielt der Bierverleger Willy K., der in dem Gebäude einen Bierverlag einrichten will. Es handelte sich um eine Zwangsversteigerung.

(Meldung in der deutschen Presse)

Wiedergeburt

Ueber die »deutsche Wiedergeburt« schreibt der braune Dichtering Franz Schauwecker in der Nazipresse:

»Es wird in den Tagen und Jahren des neuen Wachstums der letzte Mut er-

fordert. Der letzte Mut, der in die Verbannung zu gehen bereit ist.«

Meint er damit nun eigentlich Göring, der einst von der Münchner Feldherrnhalle weg nach Schweden floh, oder meint er die Emigranten, die heute drüben als Landesverräter beschimpft werden?

Kurt Doberer:

Unsere Väter

Das waren unsere Väter, die gingen in einer Reih. Sie zogen in langen Kolonnen und trotzten am ersten Mai.

Es standen die Riemen und Räder, es schwieg die Sirene am Schlot.

Es kämpften unsere Väter für Arbeit, Freiheit und Brot.

Und lagen auch auf der Straße, die Männer am zweiten Tag.

Es sagten die Frauen im Hunger, wir tragen, was kommen mag.

Es glaubten unsere Väter an eine große Zeit, in der die Roten Fahnen stehen zum Sturm bereit.

Ich glaub an unsre Väter, ich nach, was sie getan

und gehen wir auch zur Höhe in Blut und Schweiß hinan.

Wir brechen Krupp und Thyssen und schlagen ihren Knecht.

Rot steht die alte Fahne: Für Arbeit, Brot und Recht.

Maifeier ohne Politik

Tanz und Spiel — Ehre und Disziplin — Sparwillen im Betrieb

Der Maiaufbruch des Ley ist kurz und dürrig ausgefallen. Kein Wort über das Schicksal der Arbeiter, keine Ankündigung von Arbeitsschutz oder der Sicherung des »gerechten Lohnes«, sondern nur einige verlegene Phrasen über die wiedergewonnene nationale Freiheit. Jetzt erst ist dem Ley »so recht bewußt« geworden,

»daß der 1. Mai die Vermählung der widerstandenen Natur der aufsteigenden Sonne mit der Disziplin und dem Fleiß der Menschen bedeutet... so steht denn der 1. Mai 1936 unter dem Symbol, daß Führer und Volk, Adolf Hitler und Deutschland eins sind und eins bleiben werden, für alle Ewigkeit.«

Die große sittliche Kraft der Arbeit sollte in diesem Jahr durch fleißiges Absingen von »Freut Euch des Lebens« bekundet werden. Auf die Tempelhofer Arbeiterparade wurde diesmal mit Rücksicht auf den Ueberfluß von Mangel an Begeisterung der Werkstätten verzichtet. Dafür muß die Parole »Freut Euch des Lebens« gesungen werden: nach dem Morgengruß und dem Wecken, bei dem Gemeinschaftsempfang am Vorabend, bei dem Mai-Einzeln, dem Aufrichten der Maikönigin, dem Abbrennen von Maifeuern, nach der Verlesung des Ley-Aufrufs durch Pö. Dreißler-Adreß und letztmalig vor dem Schlafengehen. Der »neu unterlegte Text« wurde vorher durch »Sondernachrichten der Deutschen Arbeits-Korrespondenz« wie folgt verlautbart:

»Freut Euch des Lebens, froh seid zu jeder Stunde!

Hell eure Augen, lachend der Mund!
Das Leben bringt oft Kampf und Mühe —
Doch wär's nicht schöner ohne sie;
Das Leben bringt uns Arbeit viel,
Dann freut uns Tanz und Spiel!

Freut euch des Lebens, froh seid zu jeder Stunde!
Hell eure Augen, lachend der Mund!«

Das Amt »Kraft durch Freude« gibt den Namen des arbeitsgenen Dichters nicht bekannt, doch wird geflüstert, daß in östlicher angeheuert, vorgeblich Stund' mit seinem schäumend, lachend Mund kein geringerer als Robert Ley selbst dieses volkulturelle Gedicht verbrochen haben soll.

Andere Äußerungen »des neuen deutschen Lebenswillens und der Lebensbejahung« waren für die Malveranstaltungen diesmal nicht vorgesehen. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß vor dem Maifeiertag zwei Proklamationen innerhalb der Arbeitsfront als Maßgabe bekanntgegeben werden konnten, einmal die Vollendung der »Ehren- und Disziplinargerichtbarkeit« in der DAF und zum anderen eine »Neuordnung der Werksparkassen«. In einem Maiaufsatz von Dr. Frz. Görrig über »Drei Jahre neues deutsches Arbeitsrecht« wird auseinandergesetzt, daß die arbeitsrechtlichen Neuerungen der Weimarer Republik, wie Achtstundentag, Arbeitsschutzgesetzgebung, Kündigungsschutz, tarifliche Unabdingbarkeit, Ergänzung der Sozialversicherung durch die Arbeitslosenversicherung und die Neuordnung der Arbeitsvermittlung »nur äußerlich betrachtete« sozialrechtliche Fortschritte gewesen seien.

»Das Arbeitsrecht«, schreibt Görrig, »war nicht volkstümlich und besaß infolgedessen nicht die genügende innere Zugkraft als Richtschnur der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Gefolgschaftsangehörigen.«

Im Gegensatz zu jenen »römisch-rechtlichen Auffassungen« hat der Nationalsozialismus die »Rückführung des Arbeitsrechts auf die deutsch-rechtlichen Grundgedanken der Betriebsverbundenheit, der Treue und Kameradschaft« durchgesetzt. Durch diese Umstellung des Arbeitsrechts »auf soziale Ehrbarkeit und Gerechtigkeit« sind die nur formalrechtlichen Arbeitsgesetze zur sittlichen Verpflichtung der Unternehmer geworden.

So proklamierte denn die Arbeitsfront noch vor dem 1. Mai eine neue »Ehren- und Disziplinargerichtbarkeit«, die das alte Arbeitsrecht überflüssig machen soll. Sie hat eine loppelte Aufgabe. 1. Sie soll als »Ehrenordnung« für alle Arbeitsfrontmitglieder eine Handhabe bieten, »die Front der schaffenden Deutschen von dem zersetzenden Gift der Unmoral und der Unehrenhaftigkeit reinzuhalten.« 2. Sie soll »die Disziplin der DAF-Walter und die Kraft durch Freude-Warte wahren, die Reinhaltung des Führerkorps von ungeeigneten Elementen gewährleisten.«

Die hauptamtlichen Richter der Ehrengerichtbarkeit können nur aus den der NSDAP, der SA, SS oder HJ seit 31. Mai 1932 ununterbrochen angehörenden Mitgliedern entnommen werden. Die ehrenamtlichen Richter müssen wenigstens vor der Machtübernahme Mitglied gewesen sein. Nru so wird »deutsch

empfundene Gerechtheit« erwachsen. Die deutschen Arbeiter hätten damit zum 1. Mai 1936 in der »Ehren- und Disziplinargerichtbarkeit« eine Institution erhalten, durch die jene alten Gewerkschaftsgesetze überflüssig geworden sind, denn jetzt besteht eine sittliche Verpflichtung der Unternehmer im Geiste der Volksverbundenheit. Die deutschen Arbeiter dürfen sich mit heißen Augen und lachenden Mund des Lebens im Dritten Reich erfreuen.

Die weitere Errungenschaft zur diesjährigen Maifeier war die Neuordnung der Werksparkassen. In einem Reichsgesetz über die Neuordnung des Kreditwesens vom Dezember 1934 war die Auflösung der Betriebsparkassen bis zum Jahre 1940 angekündigt worden. Durch die Neuordnung ist jetzt eine gütliche Einigung zwischen der Reichsgruppe Industrie, dem Sparkassen- und Giroverband und der Bank für deutsche Industrieobligationen erreicht worden. Die Unternehmer brauchen danach bei der Ueberführung der Betriebsparkassen an die öffentlichen Sparkassen nur 30 Prozent in bar überweisen, der Rest bleibt ihnen als Kredit überlassen. Diese Kreditgewährung der Sparkassen an die Industriellen aus den Spargeldern der Gefolgschaften erfolgt über die Industriebank. Es werden etwa 120 bis 130 Millionen Spargelder der Betriebsarbeiter formell den öffentlichen Sparkassen zugewie-

sen, die damit neue Reichsanleihen finanzieren können. In Wirklichkeit verbleiben 70 Prozent der Spargelder den Unternehmern. Der Unterschied gegen den bisherigen Zustand besteht darin, daß der Arbeiter seine Spargroschen nicht mehr einem einzelnen Betrieb als Betriebskapital leiht, sondern er darf jetzt für alle Industriebetriebe sparen helfen.

Die Sparsparrichtungen der Industrie werden nicht aufgelöst, sondern zentralisiert und ausgebaut.

»Auch soll der Sparwillen durch ein System von Sparprämien, Zuschüssen usw. wie bisher gestärkt werden. Das Unternehmertum erhält für die Weiterführung der technischen Sparsparrichtungen eine angemessene Entschädigung.«

Die Arbeiter sollen also weiter unter Kontrolle ihrer Unternehmer zum Sparen angehalten werden. Sparer bedürfen bekanntlich keiner Lohnerhöhung. Ihre Spargroschen unterstehen dem Risiko kapitalistischer Mißwirtschaft. Damit wird nicht die versprochene Gewinnbeteiligung der Gefolgschaften verwirklicht, aber um so mehr die Verlustbeteiligung. Eine der schlimmsten Einrichtungen der großen Werkverleiher wird nicht nur nicht aufgehoben, sondern ausgebaut und verallgemeinert. Und vor allem: wer denkt nicht an die Kriegsanleihe?

Und die Volksgemeinschaft, sie ist kein leerer Wahn!

Dictator negativus

Die hitlertreue Großbourgeoisie genauer: ihr prominentester Repräsentant, Hjalmar Schacht — hat eine Entdeckung gemacht: in der sonst nach ihrem Sinn vollkommenen Hitlerdiktatur fehlt etwas, nämlich ein — Diktator! Ein Diktator allerdings im Negativen, einer der stur »Nein« sagt, der den Daumen auf dem Beutel der Steuerzahler hält und der uferlosen Verschwendung des Systems Einhalt gebietet, — kurz: es fehlt ein Spardespot.

Teuf, Teuf, was ist doch der deutsche Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts heile! Immerhin hat er bereits und schon nach drei Jahren Diktatur sich zu Erkenntnissen durchgerungen, die — ja, sagen wir nur — seinen Urgroßvätern keineswegs neu waren! Jedoch hinkten diese Ahnen ihrerseits erheblich hinter den Bourgeoisien Englands und Frankreichs her, die sich schon im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert nicht gefallen lassen wollten, im absoluten Staat die Rolle der geduldigen Milchkuhe zu spielen.

Ausgabenkontrolle, — das in erster Linie erbotest Englands, Frankreichs Bürger gegenüber einem hederlich wirtschaftenden Despotismus. Budgetrecht und Steuerbewilligung bildeten die Grundpfeiler des Parlamentarismus, den sie schufen.

Aber Deutschland hat mit dem ganzen liberalistischen Kram auch die »Quasselbuden« abgeschafft, die ja nie zu etwas anderem taugten, als in kleintliche Nörgelei den strahlenden Kriegshelden der Armee die Mittel zum Siege zu kürzen. Konfliktzeit — Septennatskampf — Flottenvorlagen — Kolonialdebatten, immer gab es im Parlament Gemacker und Stänkerel bei der selbstverständlichen Pflicht, den Generälen und Admirälen das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen hinzustreuen und der Rüstungsindustrie gewinnbringende Aufträge zuzuschieben. Wie haben sie sich mokiert, die Herren Leutnants, über das Philisterpack, das jeden Groschen herumdrehte, ehe es ihn für Kanonen ausgab, das manchmal volle zehn Prozent an Heeres- und Flottenvorlagen kürzte, — in welcher Voraussicht die Urheber der Vorlagen mindestens zwanzig Prozent über den Bedarf zu fordern pflegten! — Quasselbude! — Mit echt aristokratischer Verachtung titulierten der kleinste Fahnenjunker den Reichstag nicht anders als mit diesem Ekelnamen. Tragkraft der Wirtschaft, gesunde Finanzen — welcher Soldat kümmerte sich um solchen plebejischen Dreck!

Nun haben die Herren Militärs drei Jahre hindurch gezeigt, wie man ohne Quasselbude wirtschaftet. Und endlich jetzt, nachdem beläufig vierzig Milliarden »hinanagepulvert« sind, geht dem Bürger ein Licht auf. Das Gefühl, das ihn befällt, hat einer der größten Kenner der Bürgerseele, hat Wilhelm Busch also bedichtet: »Zahlen muß er — und seit je, Tat ihm das doch gar so weh!«

Zahlen muß er... Nun plötzlich, etwas spät allerdings, fällt ihm ein, welches schönes Ding doch eine scharfe Kontrolle der

Finanzgebarung der Regierung ist. Erinnert ihr Euch, ihr Herren, jetzt vielleicht der Zeit, als nicht nur der Staatshaushalt Jahr für Jahr veröffentlicht wurde — was ja heute abgeschafft ist — sondern der Haushaltsausschuß des Parlaments Titel für Titel, Position für Position nachprüfte? Vielleicht hatte dies Verfahren doch gewisse Vorteile vor der heutigen verantwortungslosen Verpulverung der Mittel — selbst vom Standpunkt eines kapitalistischen Bürgertums gesehen!

Vordem ließ ihr Eure braunen Söldner gegen die »Düttenschlucker« hetzen. Die Diäten hat Hitler nicht abgeschafft, sondern die Zahl der Bezahler vermehrt. Abgeschafft hat er nur das bißchen Budgetrecht. Diese kleine Formalität hat Deutschland allerdings mehr gekostet als das Zehntausendfache aller Diäten des früheren Systems — statt drei oder vier Millionen, dreißig oder vierzig Milliarden!

Nun blökt ihr nach dem Kontroll-Diktator! So naiv waren selbst Eure Urahren nicht, zu meinen, man könne den absoluten Herrscher durch einen Kontroll-Fürsten paralysieren. Wenn ihr Eure Forderung nach Kontrolle im der Diktatur genau beguckt, — worauf läuft sie hinaus? — Auf die vielgeschmähte Quasselbude!

Aber freilich, — Eure ganze Forderung kommt ein wenig post festum, will sagen: Wo nichts mehr ist, hat auch der Kontroll-Diktator seine Existenzberechtigung verloren... M.

Aktion gegen deutsche Arbeiterhausfrauen

Auf besondere Anweisung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird in Deutschland seit etwa einem halben Jahr ein eigenartiges Rückzugsgefecht der »Arbeitschlacht« ausgekämpft: Die rücksichtslose Streichung von Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung, die bisher an verheiratete oder verwitwete Frauen gezahlt wurde. Die Arbeitsämter haben strikten Auftrag, nach dem Grundsatz »Die Frau gehört ins Haus«, solche Frauen aus ihrem eigenen Haushalt und von ihren eigenen Kindern weg in fremde Haushalte als Aufwärterinnen und Dienstmoten zu vermitteln, unter Androhung der Streichung der Unterstützung bei Nichtannahme der vermittelten Stellen. Auch vor der Verschickung in fremde Orte wird nicht zurückgeschreckt, wobei die Kinder dann in öffentliche Waisenhäuser eingewiesen oder in Pflege gegeben werden. Mit besonderem Nachdruck wird dabei auf höhere Weisung bei den Frauen politischer Gefangener verfahren, denen auch die Landesjugendämter mit der Entziehung des Sorgerechtes für die Kinder auf den Leib rücken, weil »die Kinder nicht im Sinne des neuen Staates erzogen werden«. Die Löhne, die bei den auf diese Weise vermittelten Stellen geboten werden, sind fast nicht mehr zu unterbieten. Es sind zahl-

lose Fälle bekannt, wo den Frauen ohne Essen und Wohnung 20 und 25 Mark im Monat bei schwerer 10—12stündiger Arbeit geboten wurden. In Berlin hat einen Teil dieser Frauen eine wahre Panikstimmung erfaßt. Mit allen Mitteln suchen sie sich diesen barbarischen Lebensbedingungen zu entziehen, sich durch Freunde und Bekannte noch so schlecht bezahlte »Aushilfsstellungen« zu beschaffen, um dieser Verfolgung durch die Organe des Dritten Reiches zu entgehen.

Der Fürsorgeraub

Seit dem 1. April ist jene Verordnung des Reichsinnenministers in Kraft, die den Straßenbahnen verbietet, an Kriegsbeschädigte, Erwerbslose, niedrig entlohnte Beschäftigte und andere Fahrpreisvergünstigungen zu gewähren. Bei den unter der nationalsozialistischen Herrschaft so stark gesenkten Einkommensverhältnissen dieser Bevölkerungsschichten bedeutet diese Neuerung, die einem Raub einer bisher von der Gemeinde gewährten Unterstützung gleichkommt, eine weitere empfindliche Verschlechterung der sozialen Lage.

Manche Stadtverwaltungen halten es für ratsam, diesen Schlag nicht so unmittelbar auf die sozial schwache Bevölkerung niedersausen zu lassen. Sie ziehen es vor, die Vergünstigungen dem Scheine nach weiter zu gewähren. Die Bezahler der billigen Fahrtscheine erhalten sie weiter zu den bisherigen oder zu einem nur teilweise erhöhten Preis. Die Straßenbahnverwaltung läßt sich die Differenz vom Fürsorgeamt bezahlen. Die Fürsorgeämter, die nach den vorangegangenen starken Kürzungen aller Wohlfahrtsmittel dafür keine neuen Beträge überwiesen erhalten, rechnen entweder die Differenz auf die von ihnen auszahlende Unterstützung an, oder fordern von den gering entlohnnten Beschäftigten den Differenzbetrag zurück.

Angst — selbst vor Kaffeeklatsch

Die Hamburger Polizeibehörde teilt mit, daß auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat den ehemaligen Mitgliedern des aufgelösten Vereins »Reichsbund Deutscher Hausfrauen e. V.« verboten werde, sich unter anderem Namen wieder zusammenschließen oder an Veranstaltungen teilzunehmen, die einen erneuten Zusammenschluß bezwecken oder vermuten lassen. Darunter fallen auch die von ehemaligen Mitgliedern des aufgelösten Reichsbundes angezeigten »Kaffeestunden«, »bunte« oder »fröhlichen Nachmittage« usw. Gegen Zuwiderhandlungen oder Anreizung dazu wird Gefängnis nicht unter einem Monat oder Geldstrafe angedroht.

Die Angst der braunen Helden ist also noch größer als die Harmlosigkeit des ehemaligen Hausfrauenbundes — und dazu gehört was.

Geburstagsnarr

Zu Hitlers Geburtstag übertrug der Deutsche Rundfunk zur Feier des Tages ein Konzert aus dem Kaiserhof in Berlin. Als letztes hören sie, so sagte der Ansager, das Musikstück: Kleiner Narr.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 5.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warchau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.